

INFOPERU86

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 86 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Tragisches Ende eines zum Scheitern verurteilten Regierungsabenteuers \(Andreas Baumgart\)](#)
3. [Fotogalerie: Lima protestiert und trauert \(Luisenrique Becerra\)](#)
4. [Peru 2022 in 10 Schlaglichtern \(Hildegard Willer\)](#)
5. [Energiewende in Peru \(P. Maquet/Annette Brox\)](#)
6. [Wie gut sind deutsche Unternehmen in Peru auf das Lieferkettengesetz vorbereitet? \(Anna Kohte\)](#)
7. [Indigene Rechte: Weiterbildungskurs für junge Jurist*innen \(César Bazán Seminario\)](#)
8. [Umweltheldinnen: Die Hüterinnen des Sees \(Hildegard Willer\)](#)
9. [COP27: Indigene fordern direkte Finanzierung \(A. Brox\)](#)
10. [Umweltheldinnen: Geballte Frauenpower für einen Fluss \(Hildegard Willer\)](#)
11. [Maridicai – Maloka im Regenwald \(Elke Falley-Rothkopf\)](#)
12. [Umwelthelden: Ascencio Vásquez \(Hildegard Willer\)](#)
13. [Kurz gemeldet Dezember 2022](#)
14. [ISP-News Dezember 2022](#)
15. [Hinweise und Ankündigungen Dezember 2022](#)

1. Editorial No 86

Liebe Leserin, lieber Leser des InfoPeru,

wenn ich Peru im Jahr 2022 Revue passieren lasse, so kommen mir erstmal negative Ereignisse in den Sinn: das ausgeflossene Erdöl im Pazifik vor Lima, steigende Preise, eine politisch sehr instabile und fast ausweglose Situation. Und zu allem Überfluss hat Peru die WM-Qualifikation für Katar knapp verpasst.

Während des gesamten Jahres 2022 haben wir gesehen, wie die Regierung von Opposition und dem Kongress permanent unter Druck gesetzt wurde. Es war ein ständiger Machtkampf zwischen dem – recht unfähigen – Präsidenten Pedro Castillo und den vor allem auf eigene Interessen bedachten Abgeordneten im Parlament. Rassismus und Arroganz der herrschenden Schichten Limas gegen den Dorfschullehrer aus den Anden spielten eine große Rolle. Aber auch Castillo machte Politik so, wie man das in den Anden halt traditionellerweise macht: mit seinem Klüngel, mit einem Stück des Kuchens für einen selbst oder die Parteigänger, mit sehr viel mehr Männern als Frauen. Wäre es nicht gerade dieser Kongress voller politischer Desperados gewesen, der Castillo abgesetzt hat, würden ihm wohl nur wenige eine Träne nachweinen. Aber so – abgesetzt von verachteten Parlamentariern, die ihren Triumph über den geschassten Castillo schamlos zur Schau stellten – wird Pedro Castillo zum Opfer, zum Märtyrer, zur Identifikationsfigur all jener, die wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft und Bildung tatsächlich oder vorgeblich von der peruanischen Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Andreas Baumgart erklärt Ihnen in diesem InfoPeru die Hintergründe der jüngsten politischen Ereignisse, die bisher 26 Todesopfer gefordert haben.

Und es ist keine Kunst vorherzusagen, dass uns die politische Instabilität ebenso wie die Interpretationen, wer denn nun geputscht habe – Castillo oder das Parlament – uns im Jahr 2023 weiterhin beschäftigen werden.

An Positivem bleiben mir von diesem Jahr die Begegnungen mit Saul, Silvia, Mariluz, Mari, Antony, Mirian, Juana, Ariana, Elvira, Ascencio und Roy in Erinnerung. Sie wohnen in verschiedenen Teilen Perus, sind unterschiedlich alt und kennen sich untereinander nicht. Dennoch haben sie etwas gemeinsam: sie alle setzen sich in ihrem Heimatort für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen ein. Sei es, dass sie einheimische Früchte in Wert setzen; Fahrrad statt Auto fahren, Drohnen fliegen oder eine Klage gegen einen deutschen Multi anstrengen: sie alle glauben daran, dass sie an ihrem Ort etwas zum Besseren verändern können.

Die Portraits der neun Umweltheld*innen haben wir dieses Jahr in den verschiedenen Ausgaben des InfoPeru veröffentlicht und nun auch noch in einer von Victor Manríquez wunderschön gestalteten Bild-Text-Broschüre gesammelt veröffentlicht.

Ich wünsche den Portraits viele Leserinnen und Leser und Ihnen allen einen guten Start ins Jahr 2023,

Ihre Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



Nach Castillos Absetzung kontrolliert das Militär die Plaza San Martin in Limas Altstadt. Foto: Hildegard Willer.

2. Tragisches Ende eines zum Scheitern bestimmten Regierungsabenteuers

Pedro Castillo in Untersuchungshaft, Aufruhr, eine triumphierende Rechte und Neuwahlen 2024.

Am Mittwoch, dem 7. Dezember 2022, sollte sich der peruanische Präsident Pedro Castillo vor dem Kongress einem dritten Misstrauensvotum stellen. Dieses, so die Hoffnung der reaktionären Opposition, sollte endlich in der Amtsenthebung „wegen moralischer Nichteignung“ münden. Am Tag zuvor hatte Castillo noch erklärt, er werde sich den Abgeordneten stellen und seine Sache entsprechend verteidigen. Eine Rede war schon geschrieben. Doch es kam anders. Castillo blieb dem tagenden Kongress fern und gab stattdessen vor laufender Kamera ein Statement ab, das es in sich hatte. Mit verzagter Stimme, gesenktem Blick und zitternden Händen las er die Zeilen vor, die einem Putsch oder „Selbstputsch“ gleichkommen. Er kündigte eine Ausnahmeregierung an, die künftig durch Präsidialdekrete regieren werde, die temporäre Aufhebung des Kongresses, die „Reorganisation“ des gesamten Justizsystems einschließlich des Obersten Gerichtshofs und der Generalstaatsanwaltschaft und rief eine Ausgangssperre für die nächsten 22 Stunden aus.

Selbstputsch ohne Rückhalt

Eine Schockwelle aus Staunen und Entsetzen brandete durch das Land. Für Millionen Peruaner*innen ein grausiges Déjà-vu: Im Jahr 1992 hatte Alberto Fujimori auf dieselbe Weise seinen Selbstputsch initiiert und eine blutrünstige reaktionäre Diktatur eingeleitet. Castillos Statement enthielt wortgleiche Passagen. Anschließend waren der Präsident und seine Familie für zwei Stunden unerreichbar abgetaucht.

Schon nach wenigen Minuten traten seine Minister*innen und andere Amtsträger zurück. Niemand war eingeweiht gewesen. Selbst die frisch ernannte Kabinettspräsidentin Betsy Chávez, die als eine der Drahtzieherinnen gilt, tat es ihnen gleich. Der im allerengsten Beraterkreis offensichtlich kurzfristig ausgeheckte Putschversuch, so dilettantisch ausgeführt wie die bisherige Regierungstätigkeit, blieb ein Papiertiger. Castillo hatte sich keinen Rückhalt bei Armee, Polizei und politischen Unterstützern gesichert. Nach den „schwarzen 180 Minuten“ wurde er in Begleitung seines vorherigen Kabinettspräsidenten und engsten Beraters Aníbal Torres in einem Kommissariat, vor Inspektoren und Staatsanwält*innen sitzend, dann wiedergesehen. Seine Polizeieskorte hatte die Fahrt zum mexikanischen Konsulat, in dem er Asyl erhalten wollte, umgeleitet, um sich nicht der Anklage der Beteiligung an einer Rebellion auszusetzen. Inzwischen hat seine verhängte 18-monatige Untersuchungshaft begonnen. Seine Frau und Kinder sind unter freiem Geleit nach Mexiko ins Exil ausgereist.



Pedro Castillo bei seiner letzten Fernsehansprache, in der er die Auflösung des Kongresses ankündigt. Foto: Andina.

Warum hat Pedro Castillo das getan?

Vieles liegt noch im Unklaren, unzählige Gerüchte über Motiv und Gesundheitszustand des Präsidenten machen die Runde. Sein Verhalten ist umso verwunderlicher, als kaum jemand damit gerechnet hatte, dass es zu einer Mehrheit für seine Absetzung im Kongress kommen könnte. Längst war er Bündnisse mit Teilen der Opposition eingegangen, hatte Minister*innen aus ihren Reihen ernannt und zahlreiche gesetzgeberische Zugeständnisse gemacht. Die andauernden moralischen Angriffe unter der Gürtellinie, die verfassungsrechtliche und gesetzgeberische Obstruktion im Parlament, als auch der juristische Kleinkrieg seitens der parteiischen Justiz gegen den „Cholo“ oder „Indio“ aus den Anden haben sicherlich zermürbt. Unter Ignorierung seiner Immunität hatte die rechte Generalstaatsanwältin Patricia Benavides mehrere Verfahren gegen ihn eingeleitet. Über 50 Korruptionsverfahren gegen das enge familiäre und freundschaftliche Umfeld des Präsidenten sind anhängig, einige davon ausreichend begründet, andere konstruiert. Dazu die Aussicht, noch während der Amtszeit im Gefängnis zu landen, sind alles zusammengenommen starke Motive für eine Überschussreaktion.

Der rechten Opposition in die Karten gespielt

Mit seiner abenteuerlichen Tat hat Castillo der konservativen bis rechtsradikalen Opposition direkt in die Karten gespielt und ihr die lang ersehnte Steilvorlage für seine Absetzung geliefert. Umgehend wurde über das Misstrauensvotum abgestimmt, das mit der Absetzung Castillos bei 101 Stimmen dafür, 6 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen angenommen wurde. Selbst die Mehrheit der wenigen noch verbliebenen Verbündeten wollte jetzt nicht mehr zu ihm stehen. Die reaktionären Kräfte triumphierten und sahen sich nun am Ziel ihrer Bemühungen angelangt, Castillo und sein andines Umfeld wieder aus dem Palast zu verbannen und selbst die Macht an sich zu reißen.

Nach der Abstimmung wurde die bisherige Vizepräsidentin und Ministerin für Entwicklung und soziale Inklusion, Dina Boluarte als neue Präsidentin vereidigt. Sie hatte gemeinsam mit Castillo auf der Liste von Peru Libre kandidiert, war aber bald, wie Castillo selbst, aus der Partei ausgeschlossen worden. Sie selbst ordnet sich als gemäßigte Linke, den Provinzen verbunden, ein. Wie Castillo stammt sie aus einer Andenregion, spricht im Gegensatz zu ihm auch Quechua und wendet sich immer wieder in dieser Sprache an die Bevölkerung. Als Ministerin für Entwicklung und soziale Inklusion wurde sie unablässig durch die hegemonialen Medien, Parlamentarier und Regierungsmitglieder frauenfeindlich angegangen. Die rechtsradikale Opposition beschimpfte sie als „terruca“ (Terroristin), „Kommunistin“ und „unfähige Landpomeranze“. Fujimoristische Schlägertrupps lauerten ihr auf und bedrohten sie vor ihrer privaten Wohnung. Man wollte sie unbedingt loswerden. Im Kongress lag eine Verfassungsklage zur Abstimmung bereit.

Dina Boluarte wird Präsidentin

Zwei Wochen vor dem Misstrauensvotum wurde diese unverhofft zu den Akten gelegt. Als Vizepräsidentin würde sie bei einer Vakanz das Präsidentenamt übernehmen. Vermutlich wollte die Opposition in Hinblick auf eine mögliche Absetzung des Präsidenten schon im Vorfeld den Weg für eine künftige Zusammenarbeit mit ihr frei machen. Zumindest eine Waffenruhe, um Neuwahlen, die der Kongress so fürchtete, zu verhindern. Obwohl sie sich der fast neunzigprozentigen Ablehnung des korrupten und diskreditierten Kongresses wohl bewusst war, kündigte Boluarte in ihrer ersten Rede gemäß der mutmaßlichen Absprache eine Weiterführung der Legislaturperiode bis 2026 an.

Das wirkte wie eine Bombe und wurde zum Startsignal für zahlreiche spontane Protestaktionen, besonders in andinen Regionen, die von friedlichen, disziplinierten Kundgebungen und Massendemonstrationen bis hin zu ziellosem Vandalismus und gezielten Brandanschlägen reichen, um belastende Archive über illegale Minenarbeiter und Drogenmafia zu vernichten. Akteure mit vielfältigen Interessen mischen mit. Zahlreiche Straßen und mehrere Flughäfen Perus wurden zeitweilig besetzt.

Ausschreitungen und Zusammenstöße im Süden Perus

Der kurzfristig neu ernannte Innenminister César Augusto Cervantes Cárdenas, ehemaliger General, hatte am 14. Dezember einen vierwöchigen Ausnahmezustand für das ganze Land ausgerufen, der u.a. den Einsatz der Armee ermöglicht. Am Abend des 13. Dezember besetzten Militärs in großer Zahl neuralgische Punkte in der Hauptstadt, in der es zu einigen Zusammenstößen kam. In einigen Provinzstädten, darunter Ayacucho, folgten schwere Auseinandersetzungen mit den Militärs, die rücksichtslos gegen die demonstrierende Bevölkerung vorgingen. Es kam zu vielen Schwerverletzten und 27 Menschen (Stand 24.12.) wurden zumeist bei Armeeinsätzen mit letalen Waffen getötet. Auf der Suche nach „Rädelsführern“ aus den Anden wurden die Lokale der Bauerngewerkschaft CCP, der linken Partei Nuevo Peru, des Abgeordneten Bermejo und weitere durchsucht. Menschen in den Andenprovinzen, linke Abgeordnete und Menschenrechtler*innen bezeichnen diese Verbrechen als Mord. Aus Protest traten die gerade ernannten Minister*innen für Kultur und Bildung, Jair Pérez Brañez und Patricia Correa Arangoitia, zurück.



Auch in Lima kam es zu Zusammenstößen zwischen Protestierenden und dem Militär. Foto: Luisenrique Becerra

Auch wenn Boluarte betont, sie habe den Einsatz von letalen Waffen und Schrot- und Gummigeschossen untersagt, war und ist ihre Befürwortung eines Militäreinsatzes nicht akzeptabel und stellt keineswegs die einzige Alternative für eine vorübergehenden Befriedung dar. Sie stellte sich hinter den mitverantwortlichen, gerade erst ernannten Verteidigungsminister Otárola und beförderte ihn inzwischen zum Premier - für die Protestierenden eine schallende Ohrfeige. Als Präsidentin trägt Boluarte die Verantwortung für die vielen Toten und Verletzten mit. Mehrere Klagen sind inzwischen vor dem Verfassungsgericht und der Interamerikanischen Menschenrechtsorganisationen eingegangen.

Wer wird zur Rechenschaft gezogen für die Toten?

Wohl um spätere persönliche Konsequenzen aus dem Weg zu gehen, hat sie angekündigt, die Untersuchung der Tötungsdelikte, ob durch Armee, Polizei oder Zivilisten begangen, an Militärgerichte zu übergeben, was eindeutig gegen geltende Menschenrechtsverträge verstößt. Viele der einstmals hinter ihr stehenden Teile der andinen Bevölkerung und linken Organisationen haben sich abgewendet und bezeichnen sie jetzt als „Usurpatorin“ und „Verräterin“. Sie verwehrt sich dagegen und behauptet, Gewalttäter hätten die Auseinandersetzungen provoziert. Die große Mehrheit der Andenbevölkerung sei an einer friedlichen Lösung der Konflikte interessiert.

Unter dem Druck der Straße änderte Boluarte ihren anfänglichen Kurs und kündigte an, eine Verfassungsreform für die Durchführung von Neuwahlen Ende 2023 im Parlament einzureichen. Die Furcht vor einem allgemeinen Aufstand hat den Kongress dazu bewogen, am Donnerstag und Freitag über Neuwahlen abzustimmen. Nach einer zweitägigen hitzigen Debatte wurden solche mehrheitlich abgelehnt.

Weg frei für Neuwahlen Anfang 2024

Boluarte, inzwischen zur entschiedenen Befürworterin von Neuwahlen geworden, beharrte auf der Verantwortung des Kongresses für eine Ausrufung von Neuwahlen und einer vorausgehenden Wahlreform. Bis der Übergang nicht geklärt sei, bleibe sie im Amt. Gemeinsam mit einer gewachsenen Zahl an Abgeordneten drängte Boluarte auf eine erneute Abstimmung im Kongress, um das schmachvolle Ergebnis zu korrigieren. Am 21. Dezember war es dann so weit. Erneut wurde debattiert und abgestimmt. Mit 93 Stimmen für, 30 gegen und einer Enthaltung wurde die Verkürzung der Regierungsperiode auf Juli 2024 beschlossen und der Weg für allgemeine Wahlen Anfang 2024 frei gemacht. Das Ergebnis muss im nächsten Jahr in zweiter Lesung erneut bestätigt werden.

Rechtsradikale parlamentarische Kräfte, darunter der derzeitige Parlamentspräsident, drängen trotz angekündigter Neuwahlen auf eine zivil-militärische Regierung oder Diktatur in Fujimori-Manier. Sie möchten endlich alle linken, zivilgesellschaftlichen, sozial und ökologischen Bewegungen ausschalten und die andinen Vertreter*innen, denen Castillo die Tore geöffnet hatte, hinauswerfen und wieder in die Anden verbannen. Wieder einmal werden die Protestierenden als Anhänger*innen terroristischer Organisationen diffamiert und die Justiz beginnt, sie unter dem Vorwand der Gründung terroristischer und krimineller Vereinigungen zu verfolgen.

Währenddessen flüstern die selbsterklärten Todfeinde Boluartes ihr mit Engelszungen ins Ohr und hoffen auf Zugeständnisse und Machtbeteiligung. Der Wandel ist verblüffend. Aus der „terruca“ wird nun die kompetente Krisenmanagerin. Noch. Solange Boluarte auf Polizei und Armee setzt, konservative und technokratische Minister*innen ernennt und sie die neoliberale Wirtschaftspolitik weiter vorantreibt, wird es so bleiben.

Eine Aussage dürfte in der rechten Opposition für Stirnrünzeln gesorgt haben: Die Fortführung des umstrittenen Minenprojekts Tia Maria sei weiterhin offen.

Wasser, Umwelt und gesunde Lebensbedingungen hätten Vorrang vor dem Gold. Die Aussage kann sowohl taktisch zur Befriedung als auch aus Überzeugung erfolgt sein. Es ist längst nicht sicher, ob Boluarte bis 2024 im Amt bleibt. Fällt sie in Ungnade, sind auch ihre Tage gezählt.

Castillo als Symbol der Demütigung

Sich plötzlich von so viel Protest bestärkt gefühlt, geht Castillo aus der Untersuchungshaft in die Offensive und pocht auf sein Präsidentenamt, dass ihm durch einen „Parlamentsputsch“ und die „Usurpatorin“ Boluarte geraubt worden sei. Dabei handelt es sich nur bei einem Teil der aufgebrachten Menschen um Anhänger*innen, die seine erneute Amtseinsetzung fordern. „Que se vayan todos“ (alle sollen gehen) lautet die zentrale Forderung. Die überwiegend große Mehrheit, ohnehin vorher schon durch sein Regime enttäuscht, will die Neuwahlen und eine Wahlreform. Die Forderung nach Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung wird bislang vorwiegend von linken Parteien und Gewerkschaften erhoben. Sie ist nicht die Parole der Stunde, die die Protestierenden zusammenführt.

Das politische Projekt eines andinen Populismus von Castillo und Peru Libre, das mit einer kleinen parlamentarischen Fraktion und vorwiegend aus Angst vor der reaktionären Gegenkandidatin Keiko Fujimori an die Macht gespült wurde, war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Castillo, der sich nie der Linken zugeordnet hatte, sollte als Marionette des Führers von Peru Libre, Vladimir Cerrón, dienen. Seine andine Herkunft sollte die Überwindung der Fünfprozent-Hürde der nur in einer Region verankerten Partei gewährleisten. In maßloser Selbstüberschätzung ging Castillo auf das Angebot ein. Nie gelang es, eine solide Basis aufzubauen noch die angekündigten Reformen anzupacken. Die ohnehin schon kleine Fraktion zerlegte sich und Castillo stand ohne nennenswerte Hausmacht da. Die an ihn geknüpften Hoffnungen, endlich den historischen Sprung zu schaffen, Anerkennung und Beteiligung gegenüber dem rassistisch geprägten Establishment und Politbetrieb der Hauptstadt zu erlangen, ist nur in Ansätzen gelungen. So wird Castillo im Gefängnis zum Symbol einer tiefen Demütigung und Enttäuschung der andinen Bevölkerung und der aus den Anden in die Küstenstädte migrierten, sozial und ökonomisch ausgegrenzten Menschen. Zwar ist das politische Projekt gescheitert, aber „der Riese“ endgültig geweckt. Größere Umbrüche kündigen sich an.

Derweil ist die in den letzten Jahrzehnten dezimierte und zersplitterte politische Linke zu schwach und orientierungslos, um im Kontext dieser Proteste außerparlamentarische Machtperspektiven einbringen zu können. Sie hängt sich an die Proteste an und erhofft sich spontanen Aufschwung.

Peru als Beute-Territorium statt multikultureller Demokratie

Peru feiert den Rutsch ins neue Jahr mit der ersten weiblichen Präsidentin, das sechste Staatsoberhaupt in den vergangenen 6 Jahren. Die Wahlen 2021 haben ein weiteres Mal gezeigt, dass die Zerrüttung der gesamten politischen Sphäre nicht durch kosmetische Reparaturen aufgehalten wird, seien sie im Detail noch so gut gemeint. Parteien, Kongress und Regierungen sind ein Spiegelbild der Art und Weise, wie die Menschen im Land ihren Lebensalltag bewältigen müssen.

Die Besitzverhältnisse, die Korruption, Bürokratie, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Stadt-Land-Gefälle, Klassismus von oben, die Informalität der Wirtschaft, der Staat als Beute, das Unmittelbarkeitsdenken, der schnelle Gewinn, das erzwungene Leben von der Hand in den Mund und die permanente Suche nach der schnellen Gelegenheit prägen die Gesellschaft zutiefst. Die Eliten Perus haben das Land stets als Beute-Territorium betrachtet, niemals als multikulturelle Nation, die es zu entwickeln gilt. Die Informalität ist eine direkte Folge des Desinteresses an einer Industrialisierung des Landes und einer nachhaltigen und den regionalen Bedingungen angepassten Verbesserung der Lebensbedingungen in den Anden und dem Amazonastiefland. Es fehlt die materielle Grundlage, um der in die Städte migrierenden Mehrheit der Bevölkerung stabile und planbare Lebensperspektiven zu ermöglichen. Die Zurichtung des Landes für den Export von Rohstoffen und Nahrungsmitteln sind kein Ersatz dafür. Im Gegenteil, sie gefährden mittlerweile die Existenzgrundlage von Millionen Menschen. Die Marktzwänge lösen unaufhaltsam die klein- und familiäre Landwirtschaft auf und beschleunigen den Zerfall der gemeinschaftlichen Strukturen in den noch bestehenden indigenen Gemeinden in Sierra und Selva. Unter diesen Umständen ist eine beschleunigte Zerstörung des Regenwaldes nicht aufzuhalten.

Desolate Lage mit kleinen Hoffnungszeichen

Keine der Plagen, die Generation für Generation der peruanischen Bevölkerung quälen, wird ohne tiefgreifende Veränderungen der Besitzverhältnisse und neue Formen der Kooperation, der Mitbestimmung und Bestimmung über die Verwendung der Ressourcen beseitigt. Weder die formale, repräsentative bürgerliche Demokratie noch die autoritären sozialistischen Regimes bieten dafür die Lösung. Auch dem „Sozialismus des XXI-Jahrhunderts“, der auf mehr gesellschaftliche Mitbestimmung und Umverteilung setzt, sind bisher nur begrenzte Erfolge gelungen. Die nationalen und globalen Märkte lassen nicht viel Spielraum. Eine neue Perspektive scheint mit der weltweiten Commons-Bewegung auf. Noch ist die Idee der Commons marginal und die praktischen Versuche fristen ein Nischendasein. Auch in Peru sind Menschen darauf aufmerksam geworden und das Konzept wird vorerst in kleinen Zirkeln thematisiert. Was hinter der Commons-Bewegung steckt, wird [auf Wikipedia](#) ausführlich und sehr empfehlenswert dargelegt.

Eine Verfassungsgebende Versammlung könnte ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu tiefgreifenderen Strukturreformen werden. Durch den Prozess der verfassungsgebenden Versammlung in Chile wurden Millionen Menschen mit politischen und lebensweltlichen Einstellungen vertraut gemacht. In Peru fehlen die starken Bewegungen und Gruppierungen, die in Chile die Erarbeitung einer neuen Verfassung erzwungen haben. Auch wenn das Resultat nicht das erwünschte war, wurde ein allgemeiner Denkprozess angestoßen, der weitergeht. Viele Reformen werden in Angriff genommen.

Für Peru wäre eine verfassungsgebende Versammlung nur mittelfristig sinnvoll. Die im Nachbarland gegebenen Voraussetzungen fehlen. In Peru werden sinnvolle Reformen kaum diskutiert.

Die politikverdrossene Bevölkerung wird noch viele Jahre mit dem desolaten Zustand von Politik und Staat leben müssen. Positiv stimmt die ungebrochene individuelle und kollektive Ausdauer und der Optimismus, der bei der Bewältigung des Alltags, den gemeinschaftlichen Initiativen und den vielen Kämpfen für bessere Lebensbedingungen an den Tag gelegt wird. Und nicht zu vergessen, der allgegenwärtige Humor und die famose Verschmitztheit.

Andreas Baumgart

2022-12-26

3. Fotogalerie: Lima protestiert und trauert mit

Nach der Absetzung Pedro Castillos durch das Parlament und der Einsetzung von Dina Boluarte zur Präsidentin kam es vor allem im Süden Perus zu zahlreichen Protesten.

Polizei und Militär gingen rücksichtslos vor. Bei den Zusammenstößen wurden 22 Zivilpersonen getötet – die meisten wurden von der Polizei erschossen.

Auch in der Altstadt von Lima kam es zu Protesten und zu öffentlichen Trauerfeiern für die Getöteten – oft noch Jugendliche – in Andahuaylas, Arequipa und Ayacucho. Der Photograph Luisenrique Becerra hat die Proteste in Lima in der Woche vor Weihnachten festgehalten.

Über Weihnachten wurden die Proteste eingestellt. Neue Proteste und Strassenblockaden sind für Januar angekündigt.



Freiwillige Sanitäter halten stehen bereit für Opfer gewaltsamer Auseinandersetzungen. Bisher haben sich die Proteste durch das brutale Vorgehen von Polizei und Militär ausgezeichnet. ©Luisenrique Becerra



Eine Woche nach der Amtseinsetzung von Dina Boluarte gehen die Proteste in ganz Peru weiter. ©Luisenrique Becerra



Trauerwache für die Opfer der Ausschreitungen ©Luisenrique Becerra



Bürger und Aktivisten trauern um die Toten vor dem Justizpalast in Lima ©Luisenrique Becerra



Am 17. Dezember durchsuchte die Polizei das Gebäude der Bauerngewerkschaft CCP. Anhänger fordern die Freilassung der Gefangenen ©Luisenrique Becerra



Die Juristin Mar Perez von der Nationalen Menschenrechtskoordination stand den Verhafteten bei und informierte über den Stand. Übersetzern von Quechua - Spanisch war der Zugang verwehrt. ©Luisenrique Becerra



*Bis zu 10 Stunden warteten die Menschen vor dem Lokal der CCP auf die Freilassung der Festgenommenen.
©Luisenrique Becerra*



Erst gegen Mitternacht kamen die Festgenommenen frei ©Luisenrique Becerra

4. Peru 2022 in 10 Schlaglichtern

Das Jahr 2022 in 10 (subjektiven) Schlaglichtern

1. Erdölunfall vor der Küste Limas

Das Jahr 2022 begann in Peru wörtlich genommen "schwarz". Am 15. Januar verlor ein Erdöltanker der spanischen Repsol 11 000 Fass Erdöl vor der Raffinerie Pampillas, im Norden Limas. An dem ausgeflossenen Erdöl verendeten unzählige Seevögel, Fische und Meerestiere. Badestrände wurden geschlossen. Fischer und Händler verloren ihre Einkommensquelle für Monate oder sogar Jahre. Ende August waren immer noch 34 von 97 betroffenen Stellen beschädigt.

Die Umweltbehörde OEFA hat Repsol zweimal sanktioniert: mit 13 Millionen Soles, weil sie das Ausmaß der Katastrophe verschwiegen; und mit fast 30 Millionen Soles, weil Repsol keine ausreichenden Aufräumarbeiten in die Wege geleitet hat.

Der zuständige parlamentarische Untersuchungsausschuss hat dagegen noch kein Urteil gefällt.

2. Ukrainekrieg: steigende Lebensmittelpreise und fehlender Dünger

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat auch in Peru, wie überall in der Welt, zu höheren Lebensmittelpreisen geführt. Die Preise für Weizen, Reis und Öl haben sich sogar verdoppelt.

Durch den Ukraine-Krieg kam die Einfuhr des russischen Kunstdüngers zum Erliegen und es wurden Befürchtungen laut, dass, mangels Dünger, die nächste Ernte gering ausfallen wird und Peru mit knappen und teuren Lebensmitteln zu rechnen hat. Bis Ende 2022 will die Regierung und auch die Privatwirtschaft, so ihre Ankündigung, auf dem Weltmarkt genügend Dünger gekauft haben – allerdings zu hohen Preisen.

3. Sport: Peru verpasst WM-Qualifikation und erhält eine Doppelweltmeisterin

Nachdem Peru 2018 in Russland an der WM dabei war, reichte es 2022 ganz knapp nicht für die WM-Qualifikation. Mit 4:5 verlor Peru das Play-Off-Spiel im Elfmeterschießen gegen Australien. Für ein fußballverrücktes Land wie Peru kam dies einem nationalen Trauertag gleich.

Ein kleiner Trost: eine Peruanerin hat gleich zwei Weltmeistertitel geholt.

Die Andenstadt Huancayo hat mehrere Marathon-Läufer und Geher hervorgebracht. Auch die 29-jährige Kimberley Garcia stammt aus einer Familie von Gehern. Im Juli 2022 wurde sie Weltmeisterin sowohl über die 20 als auch die 35 Kilometer Strecke im Gehen.



Kimberley Garcia, Doppelweltmeisterin im Gehen. ©Andina

4. Acht Umweltschützer ermordet

Auch 2022 blieb ein gefährliches Land für Menschen, die sich für den Erhalt der Umwelt einsetzen. Acht Menschen – drei mehr als im Jahr zuvor – wurden ermordet, weil sie ihr Land gegen Drogenhändler, Holzfäller, Grundstücksspekulanten oder Goldschürfer verteidigten. Besonders betroffen ist das Amazonasgebiet. Der neu eingerichtete staatliche Schutzmechanismus für bedrohte Umweltschützer*innen zeigt noch keine Wirkung.

5. Schüler und Studierende kehren zurück

2022 ging ein großes Aufatmen der Erleichterung durch peruanische Familien: Schüler*innen und Studierende mussten für den Unterricht wieder an Schule und Unis gehen. Zwei Jahre lang hatten sie ihre Lehrpersonen wegen der Corona-Pandemie nur am Bildschirm. 2022 wurde wieder 100%iger Präsenzunterricht eingeführt. Peru war einer der Länder mit der längsten Schulschließung wegen Corona.

6. Lima fünftgrößte venezolanische Stadt

Lima hat inzwischen mehr venezolanische Einwohner*innen als so manche venezolanische Stadt. Nach Caracas, Maracaibo, Maracay und Barquisimeto wäre Lima mit 1 Millionen Venezolaner*innen heute die fünftgrößte Stadt Venezuelas.

Zwar hat Kolumbien mehr venezolanische Flüchtlinge und Migranten als Peru aufgenommen, aber in Kolumbien verteilen sie sich auf viele Städte – während in Peru von den 1,5 Millionen

Venezolanern 1 Million in der Hauptstadt leben. Dies bedeutet auch, dass jeder zehnte Einwohner*in Limas inzwischen Venezolaner oder Venezolanerin ist.

Viele Venezolaner*innen haben sich in Peru gut integriert, müssen sich aber weiterhin gegen weitverbreitete Vorurteile und Fremdenhass wehren.

7. Konflikte im Bergbaurridor ohne Lösung in Sicht

400 Kilometer erstreckt sich der Weg von Espinar in Cusco bis nach Las Bambas in Apurimac. In Espinar liegen die Kupferminen Antapaccay und Ccorohuayco, in Apurimac die Kupfermine Las Bambas. Dazwischen liegen andere Bergbauprojekte und immer mehr informellen Bergbau – also Dörfer oder Einzelpersonen, die in Eigenregie und ohne jegliche Genehmigung Kupfer abbauen.

In diesem Bergbaurridor reißen die Konflikte nicht ab. Es kommt zu Straßensperren, Minenstillstand, Streiks. Die Gründe, Akteure und Interessen werden immer vielfältiger; auch die Regierung Castillos – die von den dort ansässigen Menschen mit großer Mehrheit gewählt wurde – konnte kein dauerhaftes Abkommen zwischen den Firmen und der Bevölkerung erwirken.

8. Regionalwahlen ohne Überraschungen

Am 2. Oktober wählten die Peruaner*innen neue Bürgermeister*innen und Regionalpräsident*innen. In Lima gewann der Rechtspopulist Lopez Aliaga. In den Regionen gewannen fast ausnahmslos Kandidaten (und nur ganz wenige Kandidatinnen) regionaler Wahlbündnisse. Ein weiteres Zeichen für die Fragmentierung der politischen Parteienlandschaft in Peru. Landesweite Parteien spielen praktisch keine Rolle mehr.

Die Gewählten werden ihr Amt im Januar antreten.

9. Pedro Castillo abgesetzt – Blutige Unruhen in ganz Peru

Viele dachten, dass Pedro Castillo im Präsidentenamt nicht lange überleben würde – der peruanische Kongress hatte es seit seinem Amtsbeginn darauf angelegt, ihn abzusetzen. Der Zeitpunkt und vor allem die Art seiner Absetzung kam aber dann doch überraschend. Bis heute weiß niemand schlüssig, was Pedro Castillo am 7. Dezember dazu bewogen hat, ohne Not, die Schließung des Kongresses und eine Notstandsregierung zu verkünden. Über die, auch blutigen, Folgen informieren wir Sie in diesem InfoPeru detailliert – und erlauben uns eine Prognose für das Neue Jahr: die politische Instabilität wird uns auch 2023 begleiten.

10. Der Klatsch zum Jahresende: Mario Vargas Llosa macht Schluss

..... mit seiner Freundin Isabel Preysler, einer in Spanien berühmten Sociality-Figur, die ihre Bekanntheit vor allem noch prominenteren Ehemännern verdankt. Vor acht Jahren hatte der inzwischen 86-jährige peruanische Literaturnobelpreisträger seine langjährige (peruanische) Ehefrau zugunsten der 71-jährigen Preysler verlassen. Nun, so verkünden beide, ist Schluss. Angeblich kam es zum Bruch, weil Vargas Llosa Preysler nicht ehelichen wollte.



© Andina difusion

5. Energiewende in Peru

Paul Maquet stellt die aktuelle Energiesituation vor und argumentiert, warum Peru eine Energiewende braucht.

Peru ist kein großer Verursacher von Treibhausgasen, seine Emissionen sind, global gesehen, eher marginal. Das Land ist für 0,02 Prozent der heutigen Emissionen (ab 2019) und 0,1 Prozent der historischen Emissionen (seit 1750) verantwortlich. Selbst wenn man die Landnutzungsänderung mit berücksichtigt, ist Perus Anteil zwar etwas höher, aber mit 0,38 Prozent im Vergleich zu China (24 %), den USA (11,6%) und der Europäischen Union (6,3 %) immer noch sehr gering.

Von diesem geringen Beitrag stammen der größte Teil (über 65 %) aus Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft und 28 Prozent aus dem Energiesektor.

Für den Kampf gegen den Klimawandel spielt eine Energiewende in Peru also keine große Rolle. Hierfür ist es viel dringender, das Amazonasgebiet zu schützen, das aufgrund der Abholzung der Wälder die meisten Treibhausgase ausstößt.

Es gibt jedoch **vier andere wichtige Gründe**, warum Peru eine Energiewende braucht:

Energiesicherheit: Peru ist ein reines Ölimportland. Im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern verfügt Peru zwar über eine gewisse Erdölproduktion, doch ist diese seit Jahrzehnten rückläufig. Eine Verringerung des Ölverbrauchs würde zu mehr Energiesouveränität und -sicherheit führen. Denn die Energieversorgung sollte nicht von einer einzigen Quelle abhängig sein, die im Land so gut wie nicht verfügbar ist, und auch nicht von deren Preisschwankungen.

Energiearmut: Obwohl der Anteil der Menschen, die Zugang zu Elektrizität haben, mit landesweit 99 Prozent und 96,7 Prozent im ländlichen Sektor^[1] hoch ist, verbirgt sich hinter diesen Zahlen eine sehr ungleiche Verteilung: Vor allem in Amazonasregionen wie Amazonas oder Loreto liegt die Versorgung unter 80 Prozent. Das bedeutet, dass Tausende von Familien keinen Zugang zu Elektrizität haben, vor allem in indigenen Gemeinden und abgelegeneren Gebieten, die nicht vom nationalen Stromnetz erreicht werden. Darüber hinaus verwenden schätzungsweise 15 bis 20 Prozent der Haushalte Brennholz zum Kochen, was schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Erneuerbare, dezentrale Energien würden den Zugang zu Elektrizität in Gebieten ermöglichen, zu denen der Transport von Brennstoffen oder der Aufbau eines Stromnetzes logistisch schwierig ist.

Luftqualität: Lima ist eine der Städte mit der schlechtesten Luftqualität weltweit, was eng mit dem Alter der Fahrzeuge (und dem Fehlen von Grünflächen) zusammenhängt. Nach dem Air Quality Life Day Index (AQLI) verringert sich die Lebenserwartung der Bevölkerung im Großraum Lima aufgrund der Luftverschmutzung um durchschnittlich 4,7 Jahre. Eine Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs in Lima (zusammen mit einer Reduzierung des Individualverkehrs) würde zu einer besseren Luftqualität beitragen.

Technologische Entwicklung: Peru war schon immer ein Nachzügler bei technologischen Revolutionen. Das passiert jetzt wieder: Wir sind nur noch Rohstofflieferanten für die in den Industrieländern hergestellten Energiegeräte.

Fortschritte bei der Energiewende unter dem Gesichtspunkt des Technologietransfers würden uns helfen, bei einem Wandel, der früher oder später weltweit stattfinden wird, nicht so weit zurückzubleiben.

Welche Prioritäten Peru bei der Energiewende setzen soll

Zunächst müssen wir unterscheiden zwischen den großen nationalen Zahlen und den spezifischen territorialen Gegebenheiten. Betrachtet man beispielsweise die nationalen Zahlen, so stellt man fest, dass die Binnenschifffahrt nur eine sehr geringe Bedeutung hat und daher keine Priorität darstellen sollte. Im Amazonasgebiet, wo der Transport im Wesentlichen auf dem Flussweg erfolgt, könnte die Elektrifizierung jedoch zu einer erheblichen Verbesserung der Autonomie und der

Lebenshaltungskosten führen, da die Preise der (von außen eingeführten) Treibstoffe die Preise für alle Transportmittel erheblich erhöhen.

Verkehr, Strom und Gas: einige wichtige Zahlen

Verkehr: Der bei weitem größte Energieverbraucher ist mit 36 Prozent der Verkehr, der folglich auch der größte Verursacher von Treibhausgasemissionen im Energiesektor ist. 63 Prozent der fossilen Brennstoffe und Biokraftstoffe werden im Verkehrsbereich verbraucht.

Hauptverbraucher mit 65 Prozent des Kraftstoffes sind der Individualverkehr und Kleinfahrzeuge. Auf den Güterverkehr (Lkw und Anhänger) entfallen etwa 20 Prozent und auf Busse, Kleintransporter und andere Fahrzeuge für die Personenbeförderung etwa 15 Prozent des gesamten Kraftstoffverbrauchs.[\[2\]](#)

Eine Verkehrswende, die den Kraftstoffverbrauch senkt, erfordert daher in erster Linie eine Reform des Verkehrswesens und nicht einfach einen technologischen Wandel. Der Individualverkehr muss verringert, der öffentliche Nahverkehr gefördert werden. An zweiter Stelle steht die Elektrifizierung des Güterverkehrs durch den Ausbau des Schienenverkehrs.

Elektrizität: Die Stromquellen in Peru sind traditionell erneuerbar: Wasserkraftwerke, die im 20. Jahrhundert gebaut wurden. Seit den 2000er Jahren hat jedoch die Ausbeutung des (billigen) Camisea-Gases den Bau von Wärmekraftwerken in der Nähe von Lima ermöglicht. Derzeit wird fast die Hälfte des Stroms mit Gas erzeugt.

Peru hat ein Gesetz zur Förderung von Investitionen in erneuerbare Energien (Gesetz 1002), in dem das Ziel festgelegt wurde, bis 2013 fünf Prozent des Energiebedarfs durch nicht-konventionelle erneuerbare Energien (d. h. ohne Wasserkraft) zu decken. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. 2019 wurden nur 1,8 Prozent des Energieverbrauchs durch Erneuerbare gedeckt.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfolgte hauptsächlich über Auktionen, um private Investitionen anzuziehen. Bislang wurden vier Auktionen in den Jahren 2010, 2011, 2013 und 2016 durchgeführt. Seither gab es keine mehr.

Das Gesetz 1002 erwähnt zwar die Möglichkeit der dezentralen Stromerzeugung, regelt sie aber nicht, was Technik und Preisgestaltung betrifft. Die Verbraucher*innen werden so nicht zum Bau lokaler Stromerzeugungsanlagen motiviert.

Gas: Einer der populärsten politischen Forderungen in Peru ist es, die Nutzung von Gas zu massiv auszuweiten und diese Ressource "zurückzugewinnen". Denn Gas ist reichlich vorhanden (Gas aus Los 88, Camisea, in der Region Cusco). Und es ist billig. Der Gaspreis ist gesetzlich geregelt. Seit Beginn der Förderung ist das Gas für den industriellen Verbrauch und die Stromerzeugung in

Lima sowie für den Export bestimmt. In den südlichen Regionen und in Cusco, wo es gefördert wird, gibt es keine Erdgasversorgung, was das Gefühl des Missbrauchs und der Ausplünderung erklärt.

Fachleute empfehlen, die Verwendung von Gas im Elektrizitätsmix zu reduzieren. Es kann leicht durch saubere und nachhaltige Quellen ersetzt werden. Verwendung sollte es beim Kochen oder im Verkehr finden.

Soziale Herausforderungen einer Energiewende

Die Energiewende bringt erhebliche gesellschaftliche Herausforderungen mit sich, unter anderem folgende:

Wodurch kann der Gewinn aus fossilen Energiequellen ersetzt werden?

Die Erträge aus den fossilen Energiequellen sind in den Regionen, in denen sie gefördert werden, erheblich. Auf nationaler Ebene mag dies zwar weniger relevant sein, doch stellt sich die Frage, welche Entschädigung den betroffenen Regionen (Piura, Tumbes, Loreto, Ucayali, Huánuco) bei einem geplanten Rückgang der Förderung angeboten wird.

Dialog mit den Gewerkschaften

Einer der Sektoren, die nur ungern über die Energiewende und die Umweltauswirkungen der Ölförderung sprechen, sind die Arbeiter*innen in der Erdölgewinnung. Es ist von entscheidender Bedeutung, mit ihnen einen Plan für eine sozial gerechte Transformation zu erarbeiten, der ihre Ängste und Forderungen berücksichtigt.

Vermeidung steigender Lebenshaltungskosten

Das große Schreckgespenst der Pläne für eine Energiewende ist das Risiko, dass politische Maßnahmen zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs, wie etwa eine Kohlenstoffsteuer oder der Abbau von Subventionen, zu höheren Lebenshaltungskosten führen. Deshalb muss man sich auf soziale Proteste einstellen und umsichtige Maßnahmen ergreifen, um die Bevölkerung nicht zu sehr zu belasten.

Peru als Lieferant von Rohstoffen für die Energiewende

Schätzungen zufolge wird mit der Energiewende der Bedarf an Mineralien um das Vierfache zunehmen. Darunter auch Kupfer. Peru ist der zweitgrößte Kupferproduzent der Welt, mit mehr

als 2.000 Tonnen pro Jahr (11 Prozent der Weltproduktion im Jahr 2021). Peru ist auch der zweitgrößte Exporteur nach China und deckt 12,7 Prozent des Kupferbedarfs. Nach Deutschland gehen ca. drei Prozent der peruanischen Kupferexporte.

Die Kupferproduktion in Peru hat sich in den letzten Jahren bereits verdoppelt. Auch die Konflikte im Bergbau haben deutlich zugenommen, insbesondere in den südlichen Anden, wo etwa 65 Prozent des Kupfers landesweit gefördert werden. Die Proteste richten sich gegen die Umweltschäden und für eine gerechtere Verteilung der Gewinne. Der Anstieg des Kupferpreises führt auch zu einer Zunahme des illegalen Bergbaus.

Kann Peru unter den herrschenden Bedingungen eine weitere Verdoppelung der Kupferproduktion verkraften, um die Nachfrage der Industrieländer zu decken?

Der Beitrag ist eine Zusammenfassung eines Vortrags von Paul E. Maquet von der peruanischen Nichtregierungsorganisation CooperAcción bei der Online-Veranstaltung der Infostelle Peru "Energiewende in Peru – ein Weg mit Hindernissen" am 10. November 22.

Zusammenfassung und Übersetzung: Annette Brox

[\[1\]](#) laut Datenbank Sustainable Energy for All SE4ALL

[\[2\]](#) Quelle: INGEI 2020

6. Lieferkettengesetz: Wie gut sind deutsche Unternehmen in Peru darauf vorbereitet?

Am 1.1.2023 tritt das Lieferkettengesetz[1] größtenteils in Kraft. Damit entstehen neue menschenrechtsbezogene und umweltbezogene Verpflichtungen für rund 200 deutsche Unternehmen in Peru.[2] Kurz vor dem Inkrafttreten der neuen Regelung stellt sich die Frage, wie gut die in Peru tätigen deutschen Unternehmen bereits darauf vorbereitet sind.

Das neue Gesetz betrifft u.a. Monsanto-Bayer, Heinz-Glas, Artesco, Faber Castell, Aurubis und Siemens. Zur aktuellen Situation der Menschenrechte in diesem Unternehmen hat die Nicht-Regierungsorganisation Peru EQUIDAD am 8. November einen Bericht öffentlich präsentiert.[3] Der Bericht zeigt ein gemischtes Bild, insbesondere im Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit und Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer*innen. Während der Pressekonferenz am 8. November 2022 berichteten zudem Gewerkschaftsvertreter*innen von Monsanto von teilweise prekären Arbeitssituationen und forderten die deutschen Unternehmen dazu auf, ihre Arbeitsweisen dem Lieferkettengesetz entsprechend anzupassen.

Dem Bericht zufolge, welcher in erster Linie auf Interviews mit Gewerkschaftsmitgliedern und öffentlich zugänglichen Informationen beruht, bestehen insbesondere drei große

Herausforderungen: Erstens mangle es an einem angemessenen Dialog zwischen Unternehmen und Arbeitnehmer*innen. Der Bericht beschreibt ein oft gewerkschaftsfeindliches Klima. Zweitens fehle es in einem der untersuchten Unternehmen insgesamt an einem Sorgfaltspflichtenverfahren. Drittens mangle es an Transparenz, so dass sich die Einhaltung der Standards durch die Zivilgesellschaft nur schwer überprüfen lasse.

Es ist hervorzuheben, dass sich von den sieben genannten Unternehmen (Monsanto-Bayer, Heinz-Glas, Artesco, Faber Castell, Aurubis und Siemens) laut EQUIDAD allein Heinz-Glas bereit erklärt hatte, sich mit EQUIDAD zu treffen und über die Umsetzung von Sorgfaltspflichten zu sprechen. Laut Equidad sollen hingegen Monsanto-Bayer, Artesco und Faber Castell die Anfrage nicht beantwortet, Aurubis und Siemens zwar die Anfrage beantwortet, aber keine Treffen eingeräumt haben.



Mögliche Gewerkschaftsfeindliche Praktiken

Besonders besorgniserregend ist die Situation der Gewerkschaften in Peru. EQUIDAD wies auf gewerkschaftsfeindliche Praktiken hin, welche von Schikanen bis hin zu Anreizen für die Kündigung von Gewerkschaftsmitgliedern reichten.

So traten nach Angaben von EQUIDAD 14 % der Gewerkschaftsmitglieder bei Heinz-Glas aus der Gewerkschaft aus, um ihren Arbeitsplatz auch nach der Quarantäne behalten zu können. Strafverteidiger Aaron Aleman und EQUIDAD äußerten außerdem, dass Heinz-Glas gegen den Generalsekretär der Gewerkschaft Strafanzeige wegen Verleumdung erstattet habe. Dies soll aufgrund Interviews geschehen sein, welche der Gewerkschaftsvertreter den Zeitungen Wayka und Gacete de Lima gegeben hatte. Darüber hinaus habe er eine Mitteilung über eine mögliche Suspendierung seines Arbeitsverhältnisses erhalten, weil er an einem arbeitsfreien Feiertag nicht gearbeitet habe. Es sei auch darauf hingewiesen, dass dem Bericht zufolge die Arbeitnehmer*innen desselben Unternehmens während der Pandemie (bis Dezember 2021) in Zwölf-Stunden-Schichten arbeiteten, einschließlich einer Stunde Mittagspause.

Vor diesem Hintergrund betonte EQUIDAD, dass eine Sensibilisierung der Unternehmen über mögliche Menschenrechtsverletzungen ohne eine entsprechende Kultur des Dialogs und ein Klima des Vertrauens zwischen Unternehmen und Mitarbeiter*innen nur schwer denkbar sei.

Das neue Sorgfaltspflichtgesetz verpflichtet deutsche Unternehmen aber u.a. auch dazu, mögliche Verletzungen der Koalitionsfreiheit in der Lieferkette zu beenden. Die Koalitionsfreiheit ist zudem ein durch die UN-Menschenrechtserklärung^[4] und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte^[5] geschütztes Menschenrecht.

Fehlende Sorgfaltspflichtverfahren

Gemäß dem Sorgfaltspflichtgesetz müssen Unternehmen mit mehr als 3.000 Beschäftigten ab Januar 2023 und Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten ab Januar 2024 in ihren Lieferketten menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachten.

Laut EQUIDAD ist dies jedoch noch nicht in allen untersuchten deutschen Unternehmen der Fall. Die Organisation stellte fest, dass Heinz-Glas, der weltweit führende Hersteller von Parfümflakons aus Glas, derzeit über kein Verfahren zur Durchführung von Risikoanalysen, Präventions- und Abhilfemaßnahmen in Peru verfüge. Siemens hingegen scheint nach Ansicht von EQUIDAD das Unternehmen zu sein, das am besten auf die neuen Vorschriften vorbereitet ist.

Bezüglich Aurubis sei nicht klar, ob das bestehende Sorgfaltspflichtenverfahren auch in Peru umgesetzt würde. Sowohl Bayer (Human Rights Policy) und Aurubis (Human Rights Commitment) verpflichten sich jedoch in separaten Dokumenten zur Einhaltung bestimmter menschenrechtlicher Standards. Es fällt jedoch auf, dass Monsanto-Bayer beim peruanischen Wirtschafts- und Finanzministerium angibt, zwar ein Beschwerdeverfahren im Bereich Menschenrechte zu haben,

dieses aber keinen zeitlichen Rahmen vorsieht, wann solche Beschwerden seitens Bayer beantwortet werden müsse.

Mangelnde Transparenz

Schließlich weist EQUIDAD auch auf die mangelnde Transparenz der in Peru tätigen Unternehmen hin. Es sei oft nur sehr schwer erkennbar, wer tatsächlich die Endkunden der Hersteller seien.

Ein Beispiel ist die Ausfuhr von Bio-Bananen aus Peru nach Deutschland. EQUIDAD wies darauf hin, dass auch hier Rechte der Arbeitnehmer*innen in Frage stünden. Arbeiter*innen von CAPEBOSAN–JIBITO sollen beispielsweise auf den fehlenden Zugang zu sauberem Trinkwasser hingewiesen haben.

Da jedoch häufig keine Informationen über die Endabnehmer der Bio-Bananen vorliegen, z. B. welche Supermärkte diese in Deutschland vertreiben, lässt sich oft nicht feststellen, ob die Unternehmen durch das neue Sorgfaltspflichtengesetz gebunden sind.

Das gleiche Problem betonte EQUIDAD im Hinblick auf Aurubis, dem zweitgrößten Kupferhersteller der Welt. Laut dem letzten Bericht stammen 16 % des Kupfers aus Peru, jedoch mangle es an öffentlichen Informationen zu der genauen Lieferkette.[9]

Große Hoffnung in Deutsche Regelung

Vielleicht noch größer als die Herausforderungen bei der Umsetzung des neuen Gesetzes ist jedoch die Hoffnung, welche einige der Arbeitnehmer*innen aufgrund des schwachen peruanischen Arbeitsschutzes in die deutsche Regelung setzen. Es bleibt daher zu hoffen, dass die rund 200 deutschen Unternehmen in Peru den neuen Verpflichtungen auch tatsächlich nachkommen werden. Schließlich sind mit dem geplanten europäischen Lieferkettengesetz weitergehende Verpflichtungen auch von Seiten der Europäischen Union bald zu erwarten.

Anna Kohte

Quellen:

[1] Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten vom 16. Juli 2021.

[2] Laut der Deutsch-Peruanischen Industrie- und Handelskammer.

[3] Der Bericht ist auf folgender Seite abrufbar: <<https://equidad.pe/publicacion/derechos-humanos-debida-diligencia-y-cadenas-de-suministros-de-empresas-alemanas-que-operan-en-el-peru/>>. Zuletzt abgerufen ab 10.11.2022.

[4] Artikel 23 Abs. 4 UN-Menschenrechtserklärung vom 10. Dezember 1948.

[5] Artikel 22 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966.

[6] Abrufbar auf <www.bayer.com/sites/default/files/2020-04/bayer-human-rights-policy.pdf>. Zuletzt abgerufen ab 10.11.2022.

[7] Abrufbar auf <https://aurubis.com/dam/jcr:1d7b73c0-4a54-4b96-8825-46d68635e126/aurubis_human-rights-commitment_2021_03.pdf>. Zuletzt abgerufen ab 10.11.2022.

[8] Reporte de Sostenibilidad Corporativa Bayer S.A. 2021
<www.smv.gob.pe/ConsultasP8/temp/FichaRS_41_20220318132358.pdf>. Zuletzt abgerufen ab 10.11.2022.

[9] Siehe dazu bereits "Hauptversammlung bei Aurubis: Aus welchen Minen kommt das nach Deutschland importierte Kupfer?", Kampagne „Bergbau Perú – Reichtum geht, Armut bleibt“, 10. Februar 2021, abrufbar auf <www.kampagne-bergwerk-peru.de/aktuelles/hauptversammlung-bei-aurubis-aus-welchen-minen-kommt-das-nach-deutschland-importierte-kupfer/>. Zuletzt abgerufen ab 10.11.2022.

7. Indigene Rechte: Weiterbildungskurs für junge Jurist*innen

Jurastudierende in Peru lernen an der Uni kaum etwas über indigene Rechte. Dem will ein besonderer Weiterbildungskurs abhelfen.

In Peru leben mindestens sechs Millionen Indigene (Volkszählung von 2017), das ist ein Viertel der Bevölkerung. Logisch gedacht könnte man meinen, dass die indigenen Völker dank dieser hohen Bevölkerungszahl stark sind und ihre Bürgerrechte wahrnehmen, zum Beispiel auf Gesundheit, Bildung, Gerechtigkeit, Rente, usw. Doch die Lage ist anders.

Gegen die indigenen Rechte wird jeden Tag verstoßen. Indigene Völker sind durch illegale Unternehmen z.B. Holzfäller oder Bergleute bedroht. Aber auch durch legale Unternehmen, z.B. Bergbau- oder Ölkonzerne oder ebenso durch Beamte. Die Lage aber ist nicht neu. Seit dem Kolonialzeitraum (wahrscheinlich früher) werden die indigenen Rechte verletzt. Die jüngste Ölpest in Amazonasgebiet (siehe Video [hier](#)) im September ist nur ein Meilenstein inmitten einer langjährigen lokalen und globalen Kette von Angriffen gegen indigene Rechte.

Rechte zu schützen ist die Aufgabe von Anwält*innen. Anwält*innen für die Indigenen fehlen jedoch. Es ist, als ob Shakespeares Spruch "Lasst uns alle Anwälte töten" nur für die Anwälte für indigene Rechte wahr geworden ist. In diesen Zusammenhang veranstaltete die peruanische NRO Instituto de Defensa Legal (IDL), die Interkulturelle Universität Quillabamba, die NRO Forest Peoples Programme und die Universität Coimbra (Doutoramento em Sociologia do Estado, do Direito e da Justiça) zwischen dem 11. September und 28. Oktober 2022 einen „Volkshochschulkurs Indigene Rechte für junge Jurist*innen: Beitrag für eine neue Generation von Verteidiger*innen der Rechte indigener und im Regenwald lebenden Völker“.



Der Kurs beginnt mit einem indigenen Ritual. ©IDL

Die Ziele des Kurses waren:

- Mit „Kopf und Bauch“ die sozialen Ungleichheiten der indigenen Völker in Peru im Weltsystem zu erkennen (sentipensar)
- Die juristischen Verfahren, insbesondere der strategischen Prozessführung, zur Verteidigung der Rechte von Territorien und indigenen Völkern kennenzulernen
- Die Ausübung der Verteidigung der Rechte indigener Völker durch die Praxis mit indigenen Organisationen zu erfahren

Neunzehn Studierende nahmen an einer dreiteiligen Schulung teil: eine Woche Präsenzsulung in Quillabamba (Amazonasgebiet in der Region Cusco), ein Praxismodul in Organisationen, die zu indigenen Rechten arbeiten, und zwei Wochen Online-Studium (siehe Videos [hier](#)). Das Team, das den Lernprozess förderte, setzte sich aus nationalen und internationalen Lehrkräften, Mitgliedern indigener Völker, Aktivist*innen und Expert*innen zusammen.

Die Studierendengruppe bestand überwiegend aus Frauen und wurde von Organisationen für indigene Rechte unterstützt. Das Training war kostenlos. Jede Studierende erhielt ein Stipendium, das die Kosten für den Kurs, die Beförderung, die Unterbringung und die Verpflegung während der Kurswoche abdeckte.

Im zweiten Jahr in Folge trug der Kurs damit zur Ausbildung einer neuen Generation von Verteidiger*innen indigener Rechte bei. Hier sind die Kommentare von zwei Studierenden:

„Ich denke, dass wir persönlich noch einen weiten Weg vor uns haben. Die Verteidigung der Rechte indigener Völker setzt nicht nur eine soziale Sensibilität für diese Rechte voraus, sondern auch ein technisches und fundiertes Wissen über das Rechtssystem und das Gesetz. Man muss psychologisch, technisch, juristisch und politisch vorbereitet sein.“

„Ich habe das Gefühl, dass diese Erfahrung ein Vorher und Nachher in meinem Leben markiert. Jetzt weiß ich, dass ich in diesem Kampf für eine bessere Welt nicht allein bin, und noch mehr habe ich jetzt das Gefühl, dass eine echte Revolution möglich ist. Die Schule hat mir die Inspiration gegeben, die ich zu diesem Zeitpunkt in meinem Leben brauchte. Vielen Dank!“

Der Volkshochschulkurs Indigene Rechte für junge Jurist*innen ist inspirierend. Nicht nur für die Studierenden, sondern auch für diejenigen von uns, die an ihrer Umsetzung beteiligt sind. Er ist ein Ort für den Aufbau eines dekolonialen Rechts, um eine neue Generation von Menschenrechtsverteidiger*innen auszubilden.

César Bazán Seminario

8. Umweltheldinnen: Die Hüterinnen des Sees

Juana Mamani und Elvira Chicani schützen den Titicaca-See: jede auf ihre Art.

Es ist einer der schönsten Orte am Titicaca-See. Die Halbinsel Capachica ragt wie ein Finger in den größten See Südamerikas hinaus und erinnert an die Karibik. Das Wasser schillert von türkis bis himmelblau. Feiner weißer Sand bedeckt den Strand, die Sonne strahlt vom Himmel. Nur die Menschen in Anorak und Mütze passen nicht recht zum Karibik-Feeling. In Capachica, auf 3800 Meter Höhe, mitten in den Anden, weht das ganze Jahr ein kalter Wind, nachts können die Temperaturen unter null sinken.

Juana Mamani ist an und mit dem See aufgewachsen: „Eine Quelle des Lebens, ein Wunder“ sei der See, sagt die 51-jährige Bäuerin aus Capachica. Der See gab ihnen Fische, die Kühe labten sich am Laichkraut der Ufer, das Schilfrohr diente zum Bauen von Booten, und das Wasser aus dem See konnte man trinken.

Juana Mamani schöpft mit der hohlen Hand Wasser aus dem See und betrachtet es besorgt. Wohl schimmert das Wasser vor der Halbinsel immer noch blau, aber von den drei Arten von Laichkraut, die früher am Ufer wuchsen gibt es nur noch eines. Die Milch der Kühe sei dünner und weniger geworden, sagt Juana Mamani.



Juana Mamani beim Müll-Sammeln am Titicaca-See in Puno. © Yda Ponce

Zu Hause in ihrem Dorf auf der Halbinsel wohnt die Mutter eines erwachsenen Sohnes alleine. Sie hält ein paar Schweine und baut auf 2,5 Hektar Kartoffeln, Gerste, Bohnen, Mais und Quinoa an. Das meiste ist für den Eigenkonsum, zweimal jährlich verkauft sie Überschüsse auf dem Markt.

Für den Rückgang der Pflanzen und die niedrige Milchleistung der Kühe macht Juana Mamani das schmutzige Wasser des Coata-Flusses verantwortlich. Es fließt bei Capachica in den See. Die gut 50 Kilometer entfernte Großstadt Juliaca ist in den letzten Jahren auf 250 000 Menschen angewachsen. Die für die Menge an Menschen nötigen Kläranlagen sind aber nicht gebaut worden. Die Abwässer von Juliaca werden nur notdürftig gefiltert in den Coata-Fluß eingeleitet. Der nimmt auf seinem 60 Kilometer langen Weg weitere Abwässer und Müll aus anliegenden Gemeinden auf, bevor er bei Capachica in den Titicaca-See mündet.

Der Dreck der Stadt landet im See

Was haben die Bewohner*innen von Coata nicht schon alles versucht, um die Städter von Juliaca davon abzuhalten, ihren Dreck flussabwärts zu schicken: den Fluss gestaut haben sie; Protestmärsche organisiert; bei der Stadt und der Regionalregierung vorgesprochen. Schon längst hat das Wohnungsbauministerium den Ortschaften am Titicaca-See neue Kläranlagen versprochen – doch bis heute ist keine davon im Bau. Zuviel Bürokratie, Korruption, viele Wechsel

in den Ministerien. Die Gründe für die fehlende Umsetzung sind mannigfaltig – und nicht immer ist es der Mangel an Geld.

Ein anderes Gift im Titicaca-See ist fast unsichtbar aber mindestens genauso gefährlich wie das stinkend Dreckwasser aus Juliaca. Die Goldgräberstädte Rinconada und Ananea leiten Abraum, Schlamm und Quecksilber in die Bergbäche, die dann hundert Kilometer weiter unten ebenfalls in den See münden. „Im See finden wir praktisch keine Andenkärpflinge mehr“ bestätigt Juana Mamani und wenn sie doch einen fangen, dann müssen sie befürchten, dass der Fisch zu viel Quecksilber oder andere Schwermetalle enthält.



Die Frauen in Capachica sammeln Müll ein © Yda Ponce

Umweltschutz ist eine Sache der Frauen

Angesichts der vielen Umweltprobleme würden andere resignieren. Doch Resignation ist Juana Mamani's Sache nicht. Schon als junge Frau hat sie, die gerne schreibt, aber als Mädchen gerade mal die Primarschule besuchen durfte, die Protokolle bei den Versammlungen ihres Vaters geführt. „Ich habe gesehen, welch ein schweres Leben meine Eltern hatten, und dass jemand fehlte, der sich für die Rechte der Gemeinschaft einsetzt“. Über die Mitarbeit in der katholischen Pfarrei kam sie zuerst zur Frauenarbeit und später zum Umweltschutz. Juana wurde Vorsitzende der indigenen Umweltschützer*innen des staatlichen Naturschutzgebietes am Titicaca-See. Heute ist sie Mitglied

einer Gruppe von Frauen aus allen Orten entlang der Ufer des Titicaca-Sees, die sich zusammengetan haben, um den See zu schützen. Wie die Hausarbeit, ist auch Umweltschutz in Capachica vor allem eine Sache der Frauen. „Die Männer sind tagsüber bei der Arbeit. Wir Frauen waschen und kochen mit dem Wasser zu Hause und merken als erste, wenn etwas nicht mehr stimmt.“

Die Frauen wollen politisch Einfluss nehmen und machen den Behörden Druck, damit sie endlich moderne Müllhalden und Kläranlagen bauen. Aber auch das Verhalten der einzelnen Personen trägt zum Umweltschutz bei. „Vor rund 30 Jahren kamen die ersten Plastikflaschen ins Dorf“, erinnert sich Juana Mamani. Seitdem ist der Plastikberg auch in ihrer Gemeinde angewachsen: Plastikflaschen, Plastikverpackungen, die unvermeidlichen Plastiktüten, die man in jedem Krämerladen in ganz Peru angeboten bekommt, auch wenn man nur eine Packung Nudeln kauft. Oder das Plastik-Wegwerfgeschirr, das bei den großen Festen benutzt wird. Aber auch die Konservendosen mit Thunfisch, die von den staatlichen Sozialprogrammen an den Schulen verteilt werden – all das lässt die Müllberge selbst in abgelegenen Dörfern wie Capachica anwachsen.

Juana ruft deswegen zu Müllsammel-Kampagnen auf. Wer mitmacht, bekommt Plastik!-Säcke, um den Müll einzusammeln, der dann auf eine Müllhalde gefahren wird.

Juana Mamani scheut sich auch nicht, sich politisch zu engagieren. Bei den letzten Kommunalwahlen hat sie für das Bürgermeisteramt kandidiert – bisher erfolglos. Eines ist sicher: Um ihren See wieder sauberer zu machen, wird sie nicht lockerlassen.

Von Capachica nach Chucuito

Hat die Halbinsel Capachica die Form eines Fingers, so ragt die Halbinsel Chucuito wie ein Tintenkleck in den Titicaca-See hinaus. Vom Ufer des Dorfes Perka Norte sieht die Halbinsel Capachica am anderen Ende des Sees zum Greifen nahe aus. Man könnte meinen, Elvira Chicani könnte vom Ufer vor ihrem Haus bis zu Juana Mamani hinüberryufen. Doch die klare Luft täuscht. Gut 20 Kilometer liegen zwischen den beiden Halbinseln. Und da keine Boote verkehren, muss der Bus die ganze Uferstraße abfahren und braucht gut drei Stunden von einer Halbinsel zur anderen. Auch sonst würden sich Juana Mamani und Elvira Chicani womöglich nicht verstehen: Juana spricht Quechua, Elvira dagegen ist Aymara. Und während Juana an einem Ort wohnt, der zwar wunderschön, aber dessen Wasser bereits verschmutzt ist, so lebt Elvira Chicani an einem Ort der noch sauberes, klares Wasser hat.

Doch beide eint die Sorge und der Schutz ihres Titicaca-Sees.



Elvira Chicani und ihr Mann Feliciano am Ufer ihres Grundstücks am Titicaca-See. © Yda Ponce

Geheimwaffe Frosch

Bis vor ein paar Jahren war es für Elvira und ihren Mann Feliciano selbstverständlich, dass sie sauberes Wasser, saubere Luft hatten, Fische im See, und Gras auf der Weide für ihre Schafe. Doch der Klimawandel macht selbst vor der Idylle auf der Halbinsel Chucuito nicht Halt. Es regnet weniger, und wenn, dann heftig. Wenn der Regen gar nicht kommen will, dann haben die Menschen in Perka Norte eine Geheimwaffe: den Frosch aus dem Titicaca-See.

Nur im Titicaca-See lebt der *Telmatobius Culeus*, wie der Titicaca-Riesenfrosch bei den Biologen heißt. Er kann bis zu 20 Zentimeter lang werden, lebt ausschließlich im Wasser, hat lange kräftige Hinterschenkel und mehr Falten als eine steinalte Galapagos-Echse. Wenn er schwimmt, werden aus den Falten Schwimmhäute, mit denen der Frosch sich behende im Wasser bewegt.

Elvira Chicani kennt den Frosch seit ihrer Kindheit. Angst habe sie nie gehabt vor ihm, sagt sie. Aber dass der Frosch besonderen Schutz benötigt, weiß sie erst, seit die Forscher der Zoologischen Gesellschaft Denver aus den USA nach Perka Norte kamen und begannen, die Frösche zu vermessen und den Menschen im Dorf erzählten, dass ihre Frösche etwas ganz Besonderes sind. Das Wasser vor Perka Norte ist recht sauber und deswegen leben hier noch viele Frösche. Wie die allermeisten Amphibien sind sie jedoch stark vom Aussterben gefährdet; da sie über die Haut den Sauerstoff aus dem Wasser aufnehmen, kommen sie in direkter Berührung mit den Giftstoffen, die im Wasser schwimmen.

Doch noch eine andere Gefahr droht den Fröschen: In ganz Peru gilt Frosch-Saft als gesundheits- und potenzfördernd. Zwar ist der Verkauf von Fröschen inzwischen verboten, aber in den Märkten der Andendörfer und in den Vororten der Städte findet man noch viele Saft-Läden, die unter der Hand auch den „extracto de rana“, den Frosch-Extrakt anbieten. Dazu wird ein lebendiger Frosch totgeschlagen, und zusammen mit der Macawurzel, Ingwer und weiteren Zutaten im Mixer verquirlt. Der Potenztrunk sei ohne Frosch halt nicht wirksam – wissenschaftlich nicht belegt, aber im peruanischen Volksglauben fest verankert.

Elvira Chicani und die Frauen von Perka Norte sind deswegen besonders auf der Hut, wenn Unbekannte auftauchen und Frösche kaufen wollen. „Wir sagen dann Nein, ich habe auch schon mal jemanden verjagt“, sagt Elvira Chicani in ihrem ungeübten Spanisch. Dafür hat sie ihren ganzen Mut zusammengenommen. Sonst ist sie eher schüchtern, muss die Worte in Spanisch suchen, und lächelt, statt zu sprechen, lieber übers ganze Gesicht und lässt ihre weißen Zähne funkeln.



Der Titicaca-Riesenfrosch lebt nur im Titicaca-See © Roberto Elias

Der Frosch auf dem Berg bringt den Regen

Schon immer haben die Frauen der Halbinsel Chucuito gestrickt und gewebt. Die handbestickten Blusen und Röcke ziehen sie jeden Tag an – und die Decken, Schals und Mützen verkaufen sie auch auf dem Markt. Seit kurzem stricken sie auch kleine Schlüsselanhänger in Froschform. Damit machen sie nicht nur auf die Frösche aufmerksam, sondern verdienen auch ein Zubrot.

Dass die Frösche eine besondere Kraft haben, das wussten Elvira und die Menschen von Perka Norte schon lange bevor die Forscher aus Denver kamen. Denn die Frösche können Regen machen. Wenn der Regen im Oktober und November immer noch ausbleibt, dann fahren die Männer mit einem Yatiri, einem Schamanen, auf den See hinaus, bitten den See um einen Frosch und bringen ihn in einem Eimer an Land. Dann wird eine Frau aus dem Dorf ausgelost, die eine Tonschale mit dem Frosch in ihrem Rock auf den nächsthöchsten Berg trägt. Die ganze Gemeinde und der Yatiri begleiten sie dabei. Elvira breitet mit ihren Händen ihren weiten roten Rock aus und zeigt, wie dort die Tonschale mit dem Frosch getragen wird. Auf dem Berg hält der Yatiri einen Pago, ein Dankes- und Bitritual ab. Wenn nach einer Woche immer noch kein Regen fällt, wird das Ritual wiederholt. Wenn der ersehnte Regen kommt, wird der Frosch wieder dem See übergeben.

Und wenn es immer noch nicht regnet? „Das Ritual funktioniert immer“, sagt Elvira Chicani sehr bestimmt, und ohne jede Spur von Verlegenheit.

Hildegard Willer

9. COP27: Indigene fordern direkte Finanzierung

Die 27. Weltklimakonferenz (COP27) im ägyptischen Sharm El Sheikh ging mit einem mehr als enttäuschenden Ergebnis zu Ende. Einen wichtigen Erfolg gab es immerhin, der auch für Peru Bedeutung hat: Zum ersten Mal wurde ein Fonds für die Hilfe bei Klimaschäden beschlossen. Indigene Vertreter*innen haben auf der COP nur Beobachter*innenstatus. Sie fordern, dass sich das ändert und dass Gelder für den Regenwaldschutz direkt an die indigenen Gemeinden fließen.

Etwa 60 bis 80 Indigene aus Lateinamerika haben an der COP27 teilgenommen. Eine ihre Hauptforderungen: Indigene Gemeinden sollen direkt Mittel für Klimaschutzmaßnahmen erhalten.

Finanzmittel kommen in den indigenen Gebieten nicht an

Jedes Jahr werden Milliarden von Dollar für die Anpassung an den Klimawandel und für den Klimaschutz zur Verfügung gestellt. Die Finanzgeber wenden sich häufig an die indigene

Bevölkerung, die inzwischen als Hüterin intakter Ökosysteme anerkannt ist. Allerdings erreicht nur ein Bruchteil der Gelder die indigenen Gebiete.

“Wir haben es satt, dass Gelder an indigene Stiftungen ohne indigene Menschen gehen. Das ganze Geld geht für die Bezahlung von Beratern und die Kosten für Büros mit Klimaanlage drauf”, erklärte die Juristin Yanel Venado Giménez vom Volk der Ngabe-Buglé in Panama. “Auf dieser COP27 sind die internationalen Geber vertreten. Deshalb sind wir gekommen, um ihnen zu sagen, dass die direkte Finanzierung der einzige Weg ist, wie bei Klimaprojekten die kulturellen Praktiken der Indigenen berücksichtigt werden können. Wir haben Agrarwissenschaftler, Ingenieure, Juristen und viele ausgebildete Leute. Und wir wissen, wie man als Team arbeitet.“

Niemand bestreitet ernsthaft, dass die indigenen Völker in vielen der am besten geschützten Gebiete der Welt leben und an vorderster Front im Kampf gegen die globale Umweltkrise stehen.

“Auf jeder dieser Konferenzen hören wir große Ankündigungen von Finanzmitteln, aber dann gehen wir zurück in unsere Gebiete und hören nie wieder davon”, erklärte Julio César López Jamioy, ein Mitglied des Inga-Volkes in Kolumbien.

Die Regierungen des Vereinigten Königreichs, Norwegens, der Vereinigten Staaten, Deutschlands, der Niederlande und 17 private Geber vor einem Jahr auf der COP26 in Glasgow bis zu 1,7 Milliarden Dollar für Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen indigener Gemeinschaften zugesagt. Wie viel von diesem Betrag tatsächlich geflossen ist, ist unklar. Die Gemeinden sagen, dass sie praktisch nichts erhalten haben.

Um an die Finanzmittel zu kommen und die Kriterien und Regeln einzuhalten, arbeiten indigene Gemeinden mit Partnerorganisationen zusammen. Nun sei es an der Zeit, sich bei diesen Nichtregierungsorganisationen zu bedanken und ohne ihre Unterstützung in den eigenen Strukturen zu handeln, meint López Jamioy.

Von Empfänger*innen zu Partner*innen?

Die rund 250 indigene Vertreter*innen aus der ganzen Welt nahmen an dieser Konferenz wieder nur als Beobachter*innen teil. Sie fordern, dass sie bei den Verhandlungen nächstes Jahr auf der COP28 in Dubai als Verhandlungspartner*innen anerkannt werden. Gregorio Díaz Mirabal vom Dachverband der indigenen Organisationen im Amazonasbecken (Coica): “Wir sind so gut wie existierende Nationalstaaten. Wir haben das Recht, an der Debatte teilzunehmen, denn wir sind keine Umwelt-NGO.”

Die indigenen Gemeinden wurden immer als Nutznießerinnen von Klimaschutzprojekten in den Territorien betrachtet, die über große NROs abgewickelt werden, die die Mittel erhalten und verteilen. Das wollen sie ändern. Eine der Schwierigkeiten ist, dass die Bewilligungsfristen für

Projekte manchmal zu kurz für die konsultativen Verfahren zur Entscheidungsfindung in den Gemeinden sind. Außerdem sind viele Gemeinden rechtlich nicht anerkannt, so dass sie unter dem Schirm einer Institution arbeiten müssen.

Die Erfahrungen mit der direkten Finanzierung stehen noch am Anfang. Sara Omi vom Volk der Emberá in Panama berichtete über eine direkte Finanzierung für die Fortbildung von indigenen Frauen in mexikanischen und zentralamerikanischen Gemeinden. Es wurden 22 Projekte für eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion, etwa zur Wiedergewinnung von traditionellem Saatgut, unterstützt. Die Förderung betrug allerdings weniger als 120.000 Dollar. Omi hat dank eines Stipendiums Jura studiert und sagt, dass die indigenen Völker bereits bewiesen hätten, dass sie in der Lage sind, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit zu verwalten. "Natürlich muss es Standards für die Rechenschaftspflicht gegenüber den Geber*innen geben, aber sie müssen mit unserer Realität vereinbar sein. Heute kommen nur Krümel in den Territorien an", kritisierte sie.

"Wir sehen, dass diese COP die indigenen Völker stärker einbezieht als alle vorherigen, aber die Regierungen müssen verstehen, dass es an der Zeit ist, dass wir die Mittel erhalten", forderte Eric Terena aus Brasilien.



Indigene Frauen protestieren gegen die Verschmutzung im Ölfeld 192. (© Observatorio Petrolero de la Amazonia Norte/PUINAMUDT)

Neue Unterstützung durch Petro und Lula?

Zu Beginn der Konferenz wurde eine Gruppe lateinamerikanischer indigener Völker vom kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro empfangen. Sie bekamen seine Unterstützung für ihren Kampf gegen die Bergbauindustrie auf ihren Territorien.

Auch der zukünftige brasilianische Präsident Lula da Silva besuchte die Konferenz. Er bot an, die COP 30 im Jahr 2025 im brasilianischen Amazonasgebiet zu organisieren. Und bekräftigte seine Ankündigung, ein Ministerium für indigene Völker einzurichten. Dies soll dazu dienen, dass die Indigenen Anerkennung finden und Partner*innen und Mitgestalter*innen einer neuen Politik würden.

Nach dem Wahlsieg Lulas haben Norwegen und Deutschland erklärt, ihre finanzielle Unterstützung für die Erhaltung des Amazonas-Regenwaldes in Brasilien wieder aufzunehmen, die sie 2019 kurz nach der Machtübernahme des ultrarechten Jair Bolsonaro zurückgezogen hatten.

Das Amazonasgebiet liegt in insgesamt neun Staaten. Lula kündigte an, er werde diese Länder im Rahmen des Amazonas-Kooperationsabkommens zusammenzubringen, um eine ganzheitliche Entwicklung der Region mit sozialer Integration und Klimaverantwortung zu diskutieren.

Peru war durch Umweltminister Wilbert Rozas vertreten. In seinem Vortrag ging er auf eines der wichtigsten Themen nicht ein: *Loss and Damage* (Verluste und Schäden) wurde auf dem Klimagipfel als Ausdruck für die Notwendigkeit diskutiert, einen neuen Fonds zu schaffen, der von den Industrieländern und größten Treibhausgasverursachern finanziert wird und den armen Ländern zugutekommt, die unter den Folgen der Klimakrise leiden. Indem Rozas dieses Thema ausließ, hielt er sich nicht an die von den „Entwicklungsländern“ vertretene Agenda, obwohl Peru zu den am meisten gefährdeten Nationen gehört.

Annette Brox

Quellen:

<https://www.servindi.org/actualidad-noticias/16/11/2022/lula-propone-organizar-la-cop30-de-2025-en-la-amazonia-brasilena>

<https://ojo-publico.com/ultimas-noticias/3878/cumbre-climatica-acaba-tres-dias-pero-aun-no-hay-acuerdos-claros>

<https://ipsnoticias.net/2022/11/indigenas-tienen-agenda-propia-en-la-cop27-y-exigen-financiamiento-directo/>



Der Vorstand der Kukama-Frauen. In der Mitte die Vorsitzende Mariluz Canaquiry ©Quisca Producciones

10. Umweltheldinnen: Geballte Frauenpower für einen Fluss

Mariluz Canaquiry und Mari Tello setzen sich dafür ein, dass der Fluss Marañón eigene Rechte erhält.

In den Untiefen des Flusses, den „Cochas“, lebt die Purahua, die große Schlange. Man nennt sie auch die Mutter des Flusses und allen Lebens. Von ihrem Schleim nähren sich die Fische und alle Lebewesen des Flusses. Stirbt die Purahua, die große Mutter, wird auch bald der Fluss versiegen.

Ihr Großvater und ihre Mutter haben ihr als Kind bereits von der Purahua erzählt. Mariluz Canaquiry kann sich gut daran erinnern. Die Alten haben noch ihre Sprache Kukama gesprochen – aber bereits Mariluz Canaquiry, die heute 54 Jahre alt ist, vierfache Mutter und sechsfache Großmutter, hat nicht mehr Kukama gelernt. Sie kann heute gerade noch ein paar Wörter in der Sprache ihrer Vorfahren sagen. „Meine Eltern haben sich für ihre Sprache geschämt und wollten nicht, dass wir sie lernen“, sagt sie voller Bedauern.

Die grosse Mutter Schlange ist der Grund allen Lebens im Fluss. Wandgemälde im Radio Ucamara in Nauta. ©Hildegard Willer

In ihrem Dorf Shapajilla, eine Tagesreise mit dem Boot von der Kleinstadt Nauta am Fluss Marañón entfernt, lebt sie heute von den Bananen, dem Maniok und dem Mais, den sie anbaut. Wenn es Fische zu essen gibt, dann ist das ein Festtag. „Früher, wenn die Fische flussaufwärts zogen, auf der Suche nach Nahrung, konnten wir so viele fangen, dass wir sie einsalzen und für das ganze Jahr aufbewahren konnten“, erinnert sich Mariluz. Diese Zeit sei längst vorbei. Immer weniger Fische leben im Marañón und seinen Zuflüssen.



Die grosse Mutter Schlange ist der Grund allen Lebens im Fluss. Wandgemälde im Radio Ucamara in Nauta. © Hildegard Willer

Eine Pipeline und eine geplante Wasser-Schnellstraße gefährden den Fluss

Schuld daran sind unter anderem das Erdöl, das immer wieder aus den Bohrlöchern und der Pipeline in den Fluss gelangt. Denn seit über 50 Jahren wird mitten im peruanischen Amazonasgebiet Erdöl gefördert. Sei langem kämpft Mariluz dagegen. Doch nichts macht sie so wütend wie der Plan der peruanischen Regierung, den Marañón auszubaggern, damit große Schiffe dort fahren können.

Der Fluss gibt Nahrung, Wasser zum Kochen und Waschen, ist Badezimmer, Waschküche, Spielplatz für die Kinder und Verkehrsweg in einem. Wo er sich mit dem Ucayali-Fluss vereint, ist er 1,7 Kilometer breit. Ab dort heißt der Fluss Amazonas.

Wenn die Bagger kommen, dann würden sie das Leben am Fluss umkrempeln und vieles zerstören.

Das will Mariluz Canaquiry verhindern. Sie ist Vorsitzende des Verbandes der Kukama-Frauen „Federación Huaynakana Kamatahuara Kana“. Der Verband klagte mit Hilfe der Menschenrechtsorganisation Instituto de Defensa Legal gegen die Ausbaggerung des Flusses. Eine zweite Klage richtete sich gegen die Behörden, die ihnen die Auszahlung der ihnen zustehenden Gelder aus den Erdölabgaben verweigerten oder verschlammten.

Doch die wichtigste Klage reichten die Kukama-Frauen im Oktober 2021 ein. Am 7. Oktober 2021 hat Mariluz Canaquiry folgende Klageschrift beim Gericht in Iquitos abgegeben: Der Fluss Marañón soll eine eigene Rechtspersönlichkeit bekommen und damit auf die Einhaltung folgender Rechte klagen können: auf Existenz; frei zu fließen; als Ökosystem ungehindert zu funktionieren; Freiheit von Verschmutzung; Recht, von den Zuflüssen genährt zu werden; Recht auf Biodiversität und einiges andere.

Ein Fluss klagt an

In Kolumbien, Neuseeland und Kanada haben Gerichte Flüssen bereits die Rechtsperson zugesprochen. In Peru ist die Klage der Kukama-Frauen die erste dieser Art. Mariluz Canaquiry hofft, dass mit der Anerkennung des Flusses als Rechtssubjekt der Marañón endgültig vor Eingriffen geschützt wird: seien es Staudämme, Erdölbohrungen, Goldsucher oder Holzfäller. Und vor dem Ausbau der Wasserstraße.

Der ist zwar vorläufig gestoppt, weil die Firma sich zurückgezogen hat. Noch ist aber nicht klar, ob der Staat das Vorhaben aufgegeben habe, sagt Canaquiry. Gerade an der Mündung des Samiria-Flusses in den Marañón gebe es besonders viele Untiefen, in denen nicht nur die Große Mutterschlange wohnt, sondern auch die Toten der Gemeinden. In der Kosmvision der Kukama leben die Toten oder Verschwundenen unter Wasser in Städten. Und diese sollen nun durch Bagger zerstört werden? Ein Drama.

Die Frauen packen an

Es ist kein Zufall, dass es vor allem die Frauen sind, die sich um die Umwelt Sorgen machen. „Wir Frauen kümmern uns um die Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen, wir möchten, dass sie mehr Chancen haben“, sagt Mariluz Caniquiry. Die Männer hätten eine solche Klage nie in die Wege geleitet, meint sie.

Vor 21 Jahren hat sie den Verband der Kukama-Frauen mitgegründet. Heute gehören dem Verband Frauen aus 29 Dörfern an.



Mariluz Canaquiry hat beim Gericht in Iquitos die Klage auf Rechtspersönlichkeit des Flusses Marañón eingereicht © Quisca Producciones.

Frauenrechte kamen zuerst

Es war nicht leicht, sich als Frau bei den männlichen Dorfoberen Gehör zu verschaffen, erinnert sich Mariluz. „Frauensachen seien das“, hätten die Männer gesagt, wenn sie sich zu Gesundheitsthemen oder zur Schule ihrer Kinder äußerte. Dabei war Mariluz nie schüchtern, mischte sich schon als junge Frau ein in das Dorfleben, übernahm Posten im kommunalen Glas-Milch-Programm und in der Pfarrei. „Ich werde wütend, wenn ich sehe, dass unsere Kinder keine Bildung erhalten, oder wir bei den Behörden abgewiesen werden“, sagt Mariluz Canaquiry. Dass sie, nur weil sie ungebildete Indigene seien, keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben – obwohl aus ihrem Gebiet Erdöl im Wert von Millionen von Dollar herausgeholt wurde. „Diese Ungleichheit erzürnt mich und spornt mich an, weiterzumachen“,

Heute sei vieles besser für die Kukama-Frauen. Doch immer noch gäbe es Frauen, die auf die Bitte, mitzumachen, antworten: Da muss ich erst meinen Mann oder meinen Sohn fragen.

Dass die Frauen mit der Klage eine große Öffentlichkeit erreichten, hat einigen Männern aus den traditionellen Indigenen-Organisationen gar nicht gepasst. „Wie können Frauen dazu etwas zum Territorium sagen, wenn sie doch gar kein Land besitzen?“ sei einer der Sprüche gewesen.



Mari Tello von Radio Ucamara, Nauta ©Jose Ronal Silvano

Verstärkung vom Radio

Eine Verbündete hat Mariluz in ihrer Namensvetterin Mari(lez) Tello von Radio Ucamara in der Kleinstadt Nauta. Nauta ist von Iquitos knapp 2 Fahrstunden entfernt, und die einzige Stadt, die von Iquitos aus mit einer Strasse verbunden ist. Mariluz ist oft Interview-Gast von Mari Tello in Radio Ucamara. Beide ziehen am selben Strang. Sie wollen, dass der Fluss Marañón besser geschützt wird.

Radio Ucamara ist eins von zwei Radios des katholischen Vikariats von Iquitos. Es ist viel mehr als nur ein Radio: Es gibt den Menschen in den Dörfern eine Stimme und setzt sich für die Bewahrung der Kukama-Kultur ein.

Auf das Thema Umweltschutz ist [Radio Ucamara](#) durch die vielen Erdölnunfälle gekommen. 2010 gab es einen Schiffsunfall, bei dem Erdöl in den Fluss lief. 2014 brach in einem der Dörfer die staatliche Pipeline. Die Erdölschlieren zogen den ganzen Fluss hinunter und machten das Wasser vieler Gemeinden unbrauchbar. Seither ist die Pipeline immer wieder gebrochen – sei es wegen schlechter Wartung oder wegen Sabotage. Die Leidtragenden sind die Menschen in den Dörfern, die dann kein Wasser mehr haben. Dass seit 2014 die Erdölverschmutzung in der Hauptstadt Lima und im Ausland wahrgenommen wird, liegt auch an der unermüdlichen Arbeit von Radio

Ucamara. „In keinem anderen Radiosender hörte man etwas von den Erdölnfällen“, erinnert sich Mari. Eine Video-Reportage von Radio Ucamara über den letzten Unfall vom 16. September 2022 kann man auf [Youtube mit deutschen Untertiteln](#) anschauen

Eine Kindheit mit Erdöl

Die Probleme mit dem Erdöl kennt Mari Tello seit ihrer Kindheit in einem Dorf nahe einem Bohrloch. Erdölaustritte waren Alltag, doch niemanden schien das zu kümmern. Die staatliche Erdölfirma redete den Leuten sogar ein, das Erdöl im Wasser sei unschädlich. Erst nach und nach, sagt Mari Tello, würden die Menschen gewahr, wie gefährlich Erdöl ist, wenn es mit der Haut in Berührung kommt oder sogar geschluckt wird.



Mari Tello und ihre Radiokollegin Rita Munoz vor dem Wandgemälde in Radio Ucamara, Nauta. ©Hildegard Willer

Dass seit 2014 die Erdölverschmutzung in der Hauptstadt Lima und im Ausland wahrgenommen wird, liegt auch an der unermüdlichen Arbeit von Radio Ucamara. „In keinem anderen Radiosender hörte man etwas von den Erdölnfällen“, erinnert sich Mari. Radio Ucamara dagegen berichtet aus den Dörfern, lässt die Menschen erzählen, fragt bei den Behörden nach Hilfe nach. Radio Ucamara betreibt aber auch lokale Geschichtsforschung, schreibt z.Bsp. die Erinnerungen der alten Kukama an den Kautschuk-Boom vor fast 100 Jahren und seine Nachwirkungen auf. Neben Radio gehören auch Videos zu ihrem Repertoire. Eine Video-Reportage von Radio Ucamara über den letzten Unfall vom 16. September 2022 kann man auf [Youtube mit deutschen Untertiteln](#) anschauen.

Vor ein paar Jahren hat ein Team von Radio Ucamara die Menschen in den Dörfern befragt, was der Fluss für sie bedeutet, und hat sie gebeten, Landkarten des Flusses zu zeichnen. Das Ergebnis war eindeutig: In den Augen der Leute, ist der Fluss sehr viel mehr als nur ein nützliches Gewässer. Bilder aus dieser „spirituellen“ Fluss-Landkarte schmücken heute die Wände am Eingang zu Radio Ucamara in Nauta. Mari Tello möchte, dass ihre Radioarbeit vor allem den Menschen in den Dörfern zugutekommen soll, die am wenigsten Zugang zu Medien, Bildung und Informationen haben. „Denn wir alle, die im Radio arbeiten, kommen ursprünglich aus einem Dorf am Fluss.“

Die Klage der Kukama-Frauen für den Marañón-Fluss wurde vom Gericht in Iquitos an das Gericht in Nauta weitergegeben. Einmal hat sie der zuständige Richter angehört. Während die Frauen auf einen Richterspruch warten, haben sie bereits eingereicht. Die Frauen fordern ihr Recht auf sauberes Wasser. Trinkwasserleitungen für alle 29 Gemeinden müsse der Staat bereitstellen. Die Zeiten, wo die Frauen Eimer voller – oft nicht trinktaugliches – Wasser vom Fluss hochtragen, sollen bald der Vergangenheit angehören.

Hildegard Willer

11. Encantad@s/ Besungen: Begegnungen im Putumayo

SP-Vorstandsmitglied und Indigenen-Fachfrau Elke Falley-Rothkopf und ihr Mann Dominikus reisten für eine ganz spezielle Begegnung in den hintersten Winkel des peruanischen Regenwaldes.

Die Einladung der Comunidad Nativa de Mairidikai, gelegen am Río Putumayo, in unmittelbarer Nähe der Provinzhauptstadt San Antonio del Estrecho, Loreto, Peru, erhielten wir im April diesen Jahres. Zusammen mit anderen Kolleginnen und Kollegen deutscher Institutionen und jungen Menschen sollten wir an einem Workshop und an den diesjährigen Feierlichkeiten im Haus der Gemeinschaft, der Maloka, teilnehmen. Wir, in diesem Fall INFOE e.V., sollten im Workshop die Rolle von Interkulturalität und Diversität angesichts der aktuellen Krisen, denen sich die Menschheit ausgesetzt sieht, verdeutlichen.

Und eigentlich wollten wir mit einigen Kolleginnen und Kollegen anderer Institutionen zusammen reisen. Insbesondere freute sich die Wissensträgerinnen und Wissensträger der Gemeinschaft auf die Teilnahme junger Menschen aus unserer „Hälfte“ der Welt. Doch so einfach ist es nicht, so etwas zu organisieren, wo die physischen Begegnungen im größeren Stil und unzählige unterbrochene Aktivitäten doch gerade erst wieder aufgenommen werden und so viele Krisen auf uns einwirken, so viele Lösungen gesucht werden.

Nun reisten wir also zu zweit und kamen sogar früher, damit aber auch deutlich angestrengter, an als geplant. Denn wegen der anstehenden Wahlen waren die Flüge für den Zeitpunkt des

Workshops schon alle ausgebucht von Personen, die zu den Wahlen in ihre Region kamen. Wir landeten also bereits am Samstag, dem 1. Oktober in, übernachtigt nach drei Tagen Anreise und selbstverständlich bereits gegen 7 Uhr morgens deutlich überhitzt. Doch so konnten wir schon am Sonntag in der Maloka miterleben, wie die traditionellen Gesänge geübt wurden mit allen, die dies wünschen. In der Ecke der Maloka, die für den *mambeadero*^[1] reserviert ist, saßen Pedro junior, der *dueño de la maloka* und sein Vater (ebenfalls Pedro), der aus La Chorrera in Kolumbien angereist war, um die Gesänge zu teilen. Wir kamen unangekündigt hinzu und wurden fröhlich begrüßt, denn so konnten wir für die Gemeinschaft(en) die Gesänge aufzeichnen. Denn es ist den Menschen wichtig, dass sie nicht verloren gehen.



Empfangskomitee vor der Maloka ©Comunidad Nativa Maricidai

Was ist eine Maloka?

Die Maloka ist das Haus der Gemeinschaft in Amazonien. In ihr leben traditionell die Familien, in ihr wird das traditionelle Wissen und das Wissen der Vorfahren weitergegeben. Speziell bei der sog. Gente del Centro, zu denen sich z.B. die Uitoto / Murui, Ocaina und Bora zählen, die in der indigenen Gemeinschaft Mairidicai leben, ist die Maloka aber auch ein Ort des Zusammenkommens, des Austauschs und der Verständigung zwischen Angehörigen

verschiedener Völker und Gemeinschaften. Sie ist also mehr als nur ein Wohnhaus oder Haus, in dem Wissen weitergegeben wird. Sie stellt ein eigenes Konzept des Geben und Nehmens, der Begegnung und Verständigung dar, welches die Menschen der Region vor etwa 200 Jahren ins Leben riefen, um den ständigen Kämpfen untereinander ein Ende zu bereiten. Die Maloka entsteht aus der Idee und wird Weiteres bewirken. Sie „wächst“ sozusagen und führt zum Bau weiterer Malokas. Die Maloka, die 2021 eingeweiht wurde, ist die erste vor Ort seit vielen Jahrzehnten. Es ist die Maloka der Murui mit Pedro junior als dueño. Gabriel Torres plant nun, die Maloka der Bora in der Nähe der bestehenden Maloka zu bauen. Und, wie wir erfahren haben, möchte auch das peruanische Ministerium für Kultur weitere Malokas bauen.



Die Maloka ist ein Ort der Reziprozität, der Gegenseitigkeit. Pedro junior bei den Geschenken, die alle BesucherInnen mitbringen und für die ihnen wiederum Lebensmittel von der Empore gereicht werden. © Comunidad Nativa de Mairidicai.

Gäste von jenseits der Grenze

Viel wurde bereits von Ethnologen und Ethnologinnen zu den Ritualen und Gebräuchen der sog. *Gente del centro* geforscht, um sie für die Außenwelt zu erklären, bzw. zu erklären zu versuchen. Und somit natürlich auch, für die Außenwelt daraus Nutzen zu ziehen. „Doch“, fragt Pedro uns, „was ist den Menschen vor Ort davon geblieben?“ Aber es gibt noch WissensträgerInnen und die Menschen kommen in die Maloka, um mitzutanzten und in die Gesänge einzustimmen. Sie kommen auch von weither, aus La Chorrera und Puerto Arica in Kolumbien, wo es schon seit längerer Zeit Malokas gibt. Niemand wird dazu gezwungen die Gesänge zu lernen und mitzutanzten, denn der Wunsch muss aus dem Herzen und nicht von außen kommen. So sitzen denn auch junge Männer bei Junior und Pedro und lernen – zur großen Freude der *sabios*, der Wissenden – sehr gut, die Lieder zu singen, die in verschiedenen Sprachen – in Bora, Uitoto (Murui), Ocaina – gesungen werden. Diese Sprachen gehören verschiedenen Sprachfamilien an und werden wegen der gewaltsamen Unterdrückung des Gebrauchs der Muttersprachen in der Vergangenheit nicht mehr von vielen gesprochen. Unsere Fragen nach dem Inhalt der Gesänge erhalten daher häufig eine Antwort wie „no entiendo tampoco. Es en bora.“

(„Ich weiß auch nicht, das ist auf Bora.“) von jemandem z.B., die oder der noch als Muttersprache Murui beherrscht. Singen die Frauen auch? Oh ja, sie hören die Männer und „antworten“ dann auf ihre Weise, was sich (in Murui) *Aya+ra* – die Stimme der Frauen – nennt^[2].

Ein Haus für die Kunstwerke der Frauen

Aya+ra, die Stimme der Frauen, so ist auch die *Casa artesanal* benannt, die am Montag, den 26.09.2022 und vor dem Beginn der Feierlichkeiten in der Maloka, nach den letzten Arbeiten am Haus und dem eigens konstruierten *baño* (WC „moderner Art“) feierlich eingeweiht wird. In ihr werden die Frauen ihre Flechtereien, Körbe, Schmuck und weiteres Kunsthandwerk, aber auch traditionelles Essen und Getränke, wie die *caguana*, anbieten. Mairidikai liegt nicht weit, in Fußweite, von El Estrecho und die Hoffnung besteht, dass die ansässige Bevölkerung und Reisende so auch den Weg in die Comunidad finden werden und die Frauen durch ihre Produkte Einnahmen generieren können. Anwesend bei der Eröffnung sind „von außerhalb“ Repräsentanten der Nichtregierungsorganisationen Instituto del Bien Común, welche im Juni / Juli diesen Jahres die Finanzierung des Projekts über Brot für die Welt sichern konnten, und von Internews aus Kalifornien, welche das solarbetriebene Radio der Gemeinschaft installieren geholfen haben. Die Einweihungsworte spricht die örtliche katholische Ordensschwester. Zur Einweihung der *Casa Artesanal Aya+ra* wurde auch die Bevölkerung im benachbarten El Estrecho bereits morgens um 6 Uhr über die örtlichen Lautsprecher eingeladen, welche jeden Tag die Neuigkeiten und Infos der Region über ca. eine Stunde im Ort verbreiten. Bereits gegen 12 Uhr sind die meisten der Produkte der Frauen verkauft und sie verlassen die *Casa artesanal* wieder. Gegen 15 Uhr beginnen die Feierlichkeiten in der Maloka, die *Fiesta de la Resistencia*, gleichzeitig die *Fiesta de los Idiomas*. ^[3]Dueño und dueña de la Maloka – Pedro junior Firizateke Cudo und Astrid Percidia Chichaco Meicuaco – und die anderen Würdenträgerinnen und –träger erwarten die Besuchenden am Eingang der Maloka. Die Jugendlichen halten mit Baumwolle geschmückte Zweige senkrecht in die Luft. Dies, sagt Arlen Ribeira^[4], symbolisiert, dass alles „süß“ ist. Den Tanz, mit dem sie später in der Maloka die Tänze eröffnen werden, haben die Jugendlichen am Sonntag mit viel Freude und unter fröhlichem Lachen geübt, als wir in der Maloka waren. Es ist jedoch die Gruppe der Bora, die aus Puerto Arica in Kolumbien angereist sind, die mit dem *baile de las frutas* (Tanz der Früchte) als erstes in die Maloka tanzen. (s. dazu <https://www.youtube.com/watch?v=aCb-SgzUm2w>)



Im Haus der Kunsthandwerkerinnen ©Comunidad Nativa Maricidai

Es ist auch ihr Anführer, der *sabio* der Bora aus Puerto Arica, den wir am nächsten Tag noch einmal in El Estrecho vor unserem *hostal* treffen, da sich die Rückfahrt mit dem Schiff nach Puerto Arica verschoben hat, welcher uns die Bedeutung vieler der Tänze der Bora bei diesen Feiern in der Maloka nochmals genauer erläutert: Es ging vor allem um reine Luft (*aire fresco*), um Fülle (*abundancia*), das Teilen miteinander (*compartir*) und den Frieden (*paz*). Damit werden mit den Tänzen alle große Themen und Krisen, die die Welt derzeit betreffen, berührt.

Wir treffen alte Bekannte

Nur am Anfang sind „von außen“ noch die Repräsentanten der beiden an der *Casa artesanal* beteiligten NROs dabei, dann „nur“ noch wir, bis mit einmal drei Frauen dazukommen, die für das peruanische *MiniCul* (Kulturministerium) statistische Erhebungen in der Region durchführen und eingeladen sind. Groß ist da die Überraschung, als wir eine der Teilnehmerinnen Katya Zevallos wiedererkennen, die 2014 Mitarbeiterin bei AIDSESEP während der Klimakonferenz (COP 20) 2014 war. So hören wir auch zum ersten Mal – und dies wird von den indigenen Kontakten aus Mairidicai später ebenso berichtet -, dass, angeregt durch die Maloka in Mairidikai, der peruanische Staat fünf Malokas finanzieren möchte. Ein Projekt, betont Katya Zevallos, welches eigens mit peruanischen Geldern finanziert werden soll. Wie im vorigen Jahr dauern die Tänze die gesamte Nacht an. Ebenso wie die Kolleginnen des peruanischen Kulturministeriums tanzen wir mit und versuchen schließlich auch, in der Gruppe mitzusingen. Vor allem von Arlen erfahren wir, dass die Schritte unterschiedlich schwer zu lernen und die Versuche aller immer wieder Anlass zu Belustigung sind. Auch ist es nicht bei allen Tänzen für die Männer einfach, den Rhythmus mit dem *palo*, einem Bambusstab, mitzuvollziehen. Am schwierigsten ist der Rhythmus, den die Ocaina vorgeben. Hier geschehen die meisten Fehler.

Am Dienstagabend sind wir dann mit bei den letzten Tänzen und dem offiziellen Ende der Feier ebenfalls mit dabei. Wichtig ist, erklärt uns junior, dass alle Reste an Essen und Getränken für die Feier verteilt und aufgebraucht werden. Es darf nichts mehr übrig sein von den Speisen, die von den Besucherinnen und Besuchern am Vortag feierlich in der Maloka überreicht wurde, wobei sie ihm Gegenzug die „*juanes*“ gefüllt mit der Masse aus *yuka* (Maniok) erhielten, welche die Frauen in den Tagen vor der Feier in der Maloka zubereitet haben, während die Männer die Gesänge übten. Auch die letzte *caguana* muss getrunken sein, die Maloka am Ende so aussehen, als hätte nie etwas stattgefunden. Und so fand der zweijährige Zyklus an Feierlichkeiten, die mit der Einweihung der Maloka im letzten Jahr begonnen hatte, seinen Abschluss.

Online-Austausch zwischen Mairidikai und Köln

Nicht aber der Austausch mit der indigenen Gemeinschaft Mairidikai, der im Rahmen des von EPIB und Katholischem Fonds geförderten virtuellen interkulturellen Austauschprojektes von INFOE und Mairidikai in verschiedenen online und hybriden Begegnungen bis zum 20.12.2022 fortgesetzt wurde und weiter fortgesetzt werden wird. In einer der besagten Begegnungen, die am 29.10.2022 im hybriden Format, d.h. mit der online-Zuschaltung der Teilnehmenden aus Mairidikai, sogar aber auch von RepräsentantInnen der indigenen Gemeinschaft Maquehue der Mapuche in Chile (dem zweiten virtuellen Austauschprojekt!) und Besucherinnen und Besuchern im Bürgerzentrum Alte Feuerwache in Köln stattfand, erfuhren wir u.a. von Gabriel Torres (Bora) aus Mairidikai noch etwas Wesentliches zu der historischen Entwicklung des Konzeptes der Maloka als einem Ort der interkulturellen Begegnung: Ursprünglich wurde die Maloka von den Gemeinschaften vor ca. 200 Jahren ins Leben gerufen nach einer Zeit der heftigen Kriege unter den indigenen Gruppen der Bora, Ocaina, Uitoto usw.

Wir danken unseren indigenen Kolleginnen und Kollegen für die Erlebnisse und Erfahrungen, ihre Informationen und Ratschläge, insbesondere (aber nicht ausschließlich): Pedro junior Firizateke Cudo, Pedros Vater Pedro Firizateke aus La Chorrera, Kolumbien, der die Übungen zu den Gesängen anleitete und erläuterte, Astrid Percidia Chichaco Meicuaco, Gabriel Torres Flores, Mario Coquinche Sanda, Anita Calderón und Arlen Ribeira Calderón.

An dem Thema der Maloka und speziell an dem interkulturellen Austauschprojekt Interessierte erhalten mehr Informationen unter www.infoe.de und <https://www.infoe.de/blog/>. Sie können sich auch gerne mit Fragen an elke.falley-rothkopf@infostelle-peru.de und elke@infoe.de wenden. <https://www.youtube.com/watch?v=UIQNYiO1T7Q>

Elke Falley-Rothkopf

Zu den Person und dem Projekt:

Dominikus und Elke Falley-Rothkopf sind beides Mitglieder der Infostelle Peru und von infoe e.V. Auf Einladung der indigenen Gemeinschaft Mairidikai reisten sie Ende September bis Anfang Oktober 2022 nach

Mairidikai zu den diesjährigen Feierlichkeiten in der Maloka. Das Motiv für die Reise war die Einladung nach der Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten in der Maloka, die Vertiefung der Beziehungen, die letztlich zurückgehen auf die Aktivitäten mit indigenen Organisationen und Institutionen in Bezug auf Klimawandel und die UN-Klimaverhandlungen. Im Sommer begann auch das Projekt der interkulturellen Begegnungen im Rahmen der virtuellen SDG-Partnerschaften mit den beiden indigenen Pilotgemeinden Maquehue (Chile) und Mairidikai und INFOE e.V., wobei das Pilotprojekt mit Mairidikai von Elke betreut wird.

Fußnoten:

[1] Über den *mambeadero* erfahren wir sogar in einem Wikipediaeintrag, dass es sich um einen rituellen Ort handelt, um zusammenzukommen, das Wort, die Wörter (vgl. Artikel InfoPeru Nr. ...) auszutauschen und Entscheidungen zu treffen, während zu diesem rituellen Zweck *mambe* und *ambil* konsumiert werden. Vgl.: <https://es.wikipedia.org/wiki/Mambe>

[2] Erklärung entnommen aus einem Projektantrag zur Geschichte der Region, welche die Comunidad Mairidikai an infoe sendete.

[3] Am besten lässt sich wohl *Fiesta de la Resistencia* mit *Feier der Widerstandsfähigkeit* übersetzen. Die *Fiesta de los idiomas* ist das *Fest der Sprachen*.

[4] Kommentare und Erläuterungen Arlen Ribeira Calderón Anfang Dezember 2022 anlässlich seiner Reise nach Deutschland zu verschiedenen Aktivitäten mit der Infostelle Peru und infoe e.V.

12. Serie Umweltheld: Zu Besuch in den Hügeln des Frühlings

Ascencio Vásquez und Mitstreiter betreiben ein Naherholungsgebiet für Lima – und bekommen dafür Todesdrohungen. Auf Tour in einem bedrohten Ökosystem.

Lima, die Zehn-Millionen-Stadt am Pazifik, scheint kein Ende zu nehmen. Seit zwei Stunden schon ruckelt der Bus über staubige Straßen. Händler schreien mit den Hupen der Autos um die Wette und bieten Säfte, Zeitungen oder Gebäck feil. Der Ausrufer des Busses steht an der Tür und sammelt Fahrgäste ein.

Je mehr sich der Bus Richtung Peripherie bewegt, desto grauer werden die Straßen, unfertiger die Häuser und desto mehr Müll liegt an den Rändern. Ganz am Ende der Stadt schnauft der Bus den trockenen Hügel hoch. Es ist hier ruhiger. Zwischen den Häusern stehen Bäume oder sogar ein kleiner Garten.

Die jüngste Siedlung im Viertel Carabayllo im äußersten Norden Limas nennt sich „Primavera“ – Frühling. Und das völlig zurecht.

Unten in Lima ist kalter Winter. Beziehungsweise das, was die Limeños so nennen: ständig Küstennebel, kein Sonnenstrahl, hohe Luftfeuchtigkeit und eine klamme Kälte, die einem nicht aus

den Knochen weicht und den 14 Grad auf dem Thermometer Hohn spricht. In Primavera lässt sich die Sonne immerhin hinter einer dünnen Nebelschicht erahnen.



Ascencio Vásquez beim Abstieg vom "Colchón de Nubes". Im Jahr 2022 war der Nebel zu wenig dicht und feucht. Die Lomas sind nicht grün geworden. ©Hildegard Willer

Ein Wanderweg in die Lomas

Diesen Flecken Erde hat sich Ascencio Vásquez vor 14 Jahren ausgesucht, um sein Häuschen zu bauen. Nicht wegen der Aussicht auf die umgebenden Hügel und die darunterliegende Großstadt. Sondern weil die Grundstücke in Primavera die billigsten waren, ohne Strom, ohne Wasser und ohne geteerte Straße. Ein Stück Land an einem kargen Hügel.

Der 48-Jährige tritt in Wanderschuhen und Anorak vor die Tür und zeigt mit dem Finger die Hügel hinauf, die sich hinter seinem Haus erstrecken: Dort beginnen die Lomas de Primavera – die Hügel, die mitten in der Wüste im Winter zu blühen beginnen. Seit zehn Jahren hat es sich Ascencio Vásquez zum Ziel gesetzt, sie zu schützen und sie als Naherholungsgebiet bekannt zu machen.



Ascencio Vásquez und seine Schwester Rosa vor einer Schautafel am Beginn des Wanderweges. ©Hildegard Willer

Der drahtige Mann steigt behände die Stufen hinter dem Haus hoch. Seine Schwester Rosa begleitet ihn. Sie wohnt in der Nachbarschaft. „Willkommen bei den Hügeln von Primavera“ steht auf einem Holzschild. Hier beginnt der Wanderweg. In einem Buch trägt sich jeder Besucher ein und entrichtet den Eintrittspreis von umgerechnet 1,50 Euro.

In die Erde sind kleine Stufen gehauen, die den Aufstieg erleichtern. Nach zweihundert Metern steht eine Wanderkarte. Die Stadtverwaltung von Lima hat sie zusammen mit dem Ökologischen Loma-Verein von Primavera aufgestellt. Doch bisher finden nur wenige Ausflügler*innen hierher.

Die Wüste lebt

Die Küsten-Lomas sind einzigartige Ökosysteme, die an der gesamten peruanischen Pazifikküste vorkommen und den Moloch Lima wie einen Kreis umschließen. Sie bilden kleine Inseln inmitten der kargen Küstenberge, die während weniger Wintermonate ergrünen. Dann wenn der Küstennebel, die Garua, so dicht vom Pazifik aufsteigt, dass man keinen halben Meter weit sehen kann, tritt man auf einmal auf grünes Moos und Kräuter. Vögel zirpen, Eidechsen huschen und wenn man Glück hat, findet man sogar ein paar Blumen. In Peru gibt es 67 Lomas, die 783 000 Hektar bedecken und sich von der Meereshöhe bis auf 800 Höhenmeter erstrecken.

Obwohl es in den Lomas nie regnet, nässt der feuchte Nebel den Boden und lässt Gräser, Sträucher und sogar die gelbe Amancaes-Blume während weniger Monate erblühen. Früher pilgerten die Limeños zur Amancaes-Blüte in die Lomas von Manchay, wie es die berühmte Sängerin Chabuca Granda in ihrem Lied "Jose Antonio" besingt.

Die touristische Erschließung des Ökosystems begann 1977. Die ersten wurden in Lomas de Lachay errichtet, 80 Kilometer südlich von Lima. Das ist ein Naherholungsgebiet vor allem für Menschen der Mittelschicht – denn man kommt nur mit dem Auto dorthin. 2003 errichteten die Bewohner*innen des Dorfes Quebrada Verde einen Loma-Rundweg in dem Vorort Pachacamac. Da er gut mit dem Bus zu erreichen ist, wurde er zum Ausflugsziel für Limeños, die sich am Sonntag in der Natur bewegen wollten, anstatt in eines der beliebten Schlemmerlokale zu gehen.

Vom grünen Cajamarca in die Steinwüste von Lima

Ascencio Vásquez hatte bereits bemerkt, dass die Hügel hinter seinem Haus in den Wintermonaten von Juli bis September immer grüner werden. Er war sie des Öfteren hochgelaufen.

Ascencio Vásquez ist in der nordperuanischen Region Cajamarca geboren und liebt die Berge und die Natur. Viele Jahre hatte er als Bauer auf dem Land gearbeitet. Daneben schrieb er Gedichte und Erzählungen, die er selbst verlegte und in Schulen und Gemeinden verkaufte.

Nach Lima zog er mit seiner Familie auf der Suche nach einer besseren Arbeit. Er wurde Maurer, baute sein Häuschen in Primavera und begann, seine Nachbar*innen für den Erhalt der Lomas von Primavera zu organisieren, nachdem er bei einer Informationsveranstaltung der Stadt von der Bedeutung der Lomas gehört hatte. Dass sie ein einzigartiges Ökosystem sind und potentieller Erholungsraum für die Bewohner*innen von Lima.

Der Anfang war hart: Von 14 Nachbar*innen blieben gerade mal fünf übrig. Die anderen sprangen ab, als sie merkten, dass sie mit diesem Engagement keinen Gewinn machten.

Ascencio Vásquez und seine Familie blieben dabei. 2016 gründeten sie den Ökologischen Verein Lomas von Primavera. Der hat mittlerweile zehn Mitglieder. Sie legen Wege an, stellen Hinweisschilder auf. Dabei arbeiten sie mit der Stadtverwaltung und anderen Behörden zusammen. All dies ist Freiwilligenarbeit. Sie verdienen nur etwas, wenn Gäste sie für die Führung bezahlen oder Getränke kaufen. Vom Eintrittspreis von umgerechnet 1,50 Euro halten sie die Wege instand.

Dank der Werbung auf Facebook sind nach und nach immer mehr Ausflügler*innen gekommen. Ascencio Vásquez führt gewissenhaft Buch: 450 Besucher*innen waren es im Jahr 2015; 4000 im Jahr 2019. Bis Corona kam und sie schließen mussten.

Erst 2022 läuft der Betrieb langsam wieder an – mit bisher 1000 Besucher*innen.

Wie in Primavera haben sich auch in anderen Teilen Limas Bürgerinitiativen zum Schutz der Lomas gebildet. 14 von ihnen haben sich im Netzwerk der Lomas zusammengeschlossen. Ascencio Vasquez ist dessen Vorsitzender.

Es geht um viel Geld

Doch die größten Kopfschmerzen bereiten Ascencio Vasquez die Grundstücksspekulanten. Einige Nachbar*innen unterstellen ihm, er würde sich nur für die Lomas engagieren, um sich die Grundstücke unter den Nagel zu reißen, berichtet Ascencio Vasquez. Bei seinen Besuchen in den Lomas sieht er immer wieder abgegrenzte Grundstücke, manchmal mit einer Hütte drauf.

Die Hügel gehören dem Staat und sind seit einigen Jahren sogar ein städtisches Naturschutzgebiet. Doch das stört die Grundstücksspekulanten nicht. Sie nutzen die Wohnungsnot der Menschen aus, um sich zu bereichern.



Grüne Loma de Pamplona (Süden Limas) im Juli 2019. Das Schild der Stadt warnt vor illegaler Landnahme. Foto: Hildegard Willer

Die Menschen, die dort wild siedeln, haben einer Schwindelfirma Geld bezahlt für ein Grundstück, das gar nicht im Grundbuch eingetragen ist. Oder sie haben von Spekulanten Geld erhalten, um Land zu besetzen.

Damit nutzen sie schamlos eine Besonderheit des peruanischen Gesetzes aus: Landbesetzer*innen können nach einigen Jahren ihr Grundstück legalisieren und dann legal weiterverkaufen. Bürgermeister*innen sind oft nicht erpicht auf die negative Propaganda, wenn sie Landbesetzer*innen mit Gewalt vertreiben.

„Wir wissen, wo du wohnst“, „wir werden dich töten“: Mehrfach wurde er bei Gemeindeversammlungen bedroht. Ascencio Vásquez bekam es mit der Angst zu tun, bat um Polizeischutz. Doch die Behörden können ihn nur begrenzt schützen. Sie haben zu wenig Mittel oder auch kein Interesse, sagt er.

Doch die Grundstücksspekulanten sind nicht die einzigen, die sich die Hügel einverleiben wollen: Firmen bauen Ton und Sand ab für die nie abnehmende Bauwut in Lima.

Die Wüste blüht heuer nicht

„Da, hast du die Eidechse gesehen? Und dort ist ein wilder Tomatenstrauch.“ Ascencio und Rosa gehen schnellen Schrittes die Hügel hoch. Sie kennen die Flora und Fauna der Lomas. Uhus gibt es dort, blaue Wespen, Wildkartoffeln und schwarze Brennesseln.

Doch im Juli 2022 bleiben die Lomas braun. Allenfalls ein wenig dunkelgrün schimmert es da und dort, wo sonst um diese Jahreszeit grüne Büschel wachsen. „Nach 2020 ist es schon das zweite Jahr, dass die Lomas zu trocken sind“, sagt Ascencio Vásquez. Der Winternebel enthält nicht genug Feuchtigkeit, um die Wüste zum Blühen zu bringen. Noch sei die Datenlage zu gering, um sagen zu können, dass dies dem Klimawandel geschuldet ist. Besorgniserregend ist es auf jeden Fall.

Ascencio hat seinen Anorak ausgezogen. Je höher er steigt, desto kräftiger dringt die Sonne durch die nur noch hauchdünne Wolkenschicht. Noch 200 Meter und er ist am Ziel: Er hat die Wolkendecke hinter sich gelassen. Der Himmel ist blau. Ascencio Vásquez schaut hinunter auf die zum Greifen nahen Wolken.

Für diesen Moment, sagt er, lohnt sich all der Ärger, all die Mühe.

13. Kurz gemeldet – Dezember 2022

Klimapartnerschaft, Dürre und Ikea: in den letzten Monaten gab es einiges zu berichten

Deutschland und Peru vereinbaren Klimapartnerschaft

Im November wurde die erste Klimapartnerschaft Deutschlands mit einem lateinamerikanischen Land unterzeichnet. Im Mittelpunkt der neuen [Partnerschaft mit Peru](#) stehen der Klimaschutz und die Anpassung an Klimarisiken. Für neue Projekte in diesen Bereichen haben das Entwicklungsministerium (BMZ) rund 216 Millionen Euro und das Wirtschafts- und Klimaministerium (BMWK) rund 136 Millionen Euro zugesagt.

Die Projekte sollen den Klimaschutz voranbringen und zugleich den Menschen vor Ort helfen für die Folgen des Klimawandels besser gewappnet zu sein. Unterstützt werden der Aufbau von nachhaltigen ÖPNV-Systemen und der Schutz des Amazonas-Regenwald und dabei der Einsatz gegen die Forstkriminalität.

Die Klimapartnerschaft ist Startschuss für einen künftig regelmäßig stattfindenden hochrangigen Klima-Dialog zwischen Deutschland und Peru (auf deutscher Seite unter Beteiligung des BMZ, BMWK, des Auswärtiges Amtes und des BMUV). Geplant ist zudem eine Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft beim Klimaschutz.

Schlimmste Krise seit 50 Jahren: Dürre vernichtet Tiere und Felder in Peru

Peru leidet unter einer der [schlimmsten Dürren](#) seit mehr als fünfzig Jahren, die bereits zum Tod von Tieren und zur Beeinträchtigung von Ernten geführt und in mehreren Regionen Waldbrände ausgelöst hat.

Die Regierung hat einen 60-tägigen Notstand in 111 Bezirken von Arequipa und Puno ausgerufen. Die Behörden in Junín, Ayacucho und Huancavelica fordern eine ähnliche Maßnahme für ihre Regionen.

Alpakakälber sind verendet, und die Kartoffelaussaat, die mit dem Einsetzen der Regenfälle im September hätte erfolgen sollen, wurde stark beeinträchtigt, so dass in den kommenden Monaten mit Ernteaussfällen zu rechnen ist.

Die Krise hängt mit der Erderwärmung zusammen und wurde durch das La-Niña-Phänomen im Zentralpazifik, das die Frostgefahr in den hohen Andenregionen erhöht, noch verschärft.

Die Behörden von Ayacucho, Junín und die Bauern von Huancavelica, die ebenfalls unter der Dürre leiden, fordern die Regierung auf, den Notstand auch in ihren Gebieten auszurufen. Sie

bitten das Landwirtschaftsministerium um Unterstützung, um Hafer, Futtermittel, Medikamente und Vitamine zu kaufen, um das Sterben der Tiere zu stoppen. Außerdem müssen die Opfer der Waldbrände versorgt werden und Bewässerungsschläuchen und Futter für die Tiere gekauft werden.

Tod von Bryan Pintado: auch nach zwei Jahren noch keine Gerechtigkeit

Zwei Jahre nach dem gewaltsamen Tod von Bryan Pintado bei den Protesten gegen den Putsch von Präsident Merino am 14. November 2020 kämpft dessen Vater immer noch um Wiedergutmachung und Gerechtigkeit. Bei den Protesten wurden durch Polizeigewalt 78 Menschen zum Teil schwer verletzt und zwei starben. Einer von ihnen war Pintado.

Amnesty International hat die übermäßige und unnötige Anwendung von Gewalt durch die Polizei bei den Protesten überprüft. Auch der Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen (UNHCHR) berichtete, dass die Polizei nicht verhältnismäßig und umsichtig gehandelt hat.

Im Juni 2022 reichte der Kongress eine Verfassungsklage gegen den ehemaligen Präsidenten Merino und zwei Beamte seiner Regierung als mutmaßliche Straftäter ein. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die ebenfalls mutmaßlich verantwortlichen Polizeibeamten wurden eingestellt. Dies verhindert die Fortsetzung der Ermittlungen.

Zwei Jahre zuvor, im März 2020, hatte der Kongress das Polizeischutzgesetz (Gesetz 31012) verabschiedet, das Polizei- und Militärangehörige von der strafrechtlichen Verantwortung befreit. Außerdem wurde der Artikel des Gesetzesdekrets Nr. 1186, der den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei der Anwendung von Gewalt durch die Polizei festlegt, ausdrücklich aufgehoben.

Amnesty International fordert die peruanische Regierung auf, das Recht auf friedlichen Protest zu garantieren, indem sie Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer des 14. November fordert und das Polizeischutzgesetz aufhebt.

Entschädigung für Opfer von Zwangssterilisationen angeordnet

Der lange Kampf der Frauen, die Opfer von Zwangssterilisationen geworden sind, hat einen wichtigen Sieg errungen: Vor kurzem hat der [Fünfte Verfassungsgerichtshof](#) die Justiz aufgefordert, eine umfassende Wiedergutmachungspolitik umzusetzen.

Betroffen sind mehr als 314.000 Frauen, die zwischen 1996 und 2000 unter Alberto Fujimoris Regime im Rahmen des „Nationalen Programms für reproduktive Gesundheit und Familienplanung zur Bekämpfung der Armut“ sterilisiert wurden.

Das Gerichtsurteil sieht den Erlass eines Ministerialbeschlusses vor, in dem das „verfassungsmäßige Recht auf vollständige Wiedergutmachung für die Opfer von Zwangssterilisationen“ anerkannt wird.

Die Zwangssterilisierungen gelten als eines der schockierendsten Beispiele für Gewalt gegen die indigene und arme Bevölkerung des Landes. Die betroffenen Frauen warten seit mehr als 25 Jahren auf ein Urteil und eine Bitte um Vergebung.

Die Entscheidung der Justizbehörde sieht vor, dass nur die 8.000 im offiziellen Opferregister REVIESFO registrierten Opfer Zugang zur Entschädigung haben. Dies ist ein Problem, weil dies viele Opfer von der Entschädigung ausschließt. In Huancavelica etwa begannen 2000 Opfer mit der Registrierung, aber nur 70 schafften es, sie abzuschließen. Ähnlich war es in Ayacucho.

Viele Betroffene konnten sich nicht registrieren lassen, weil sie nicht ausreichend informiert wurden, oder weil sie Furcht vor Stigmatisierung und der Preisgabe der erlittenen Taten hatten.

Noch immer laufen mehrere Strafverfahren, in denen die für die Zwangssterilisationen verantwortlichen Personen bestraft werden sollen. Zu den Angeklagten gehören Ex-Präsident Alberto Fujimori und seine ehemaligen Gesundheitsminister Eduardo Yong Motta, Marino Costa Bauer und Alejandro Aguinaga Recuenco.

Ikea will den lateinamerikanischen Markt erobern

Die Nachrichtenplattform [OjoPúblico](#) berichtet von Plänen von Ikea, den lateinamerikanischen Markt zu erobern. Dafür hat der weltgrößte Möbelhändler eine Allianz mit der chilenischen Gruppe Falabella geschlossen. Das erste Geschäft wurde in Santiago de Chile eröffnet, weitere Neueröffnungen in Peru und Kolumbien sind für 2023 geplant.

Die Organisation Earthsight warnt, dass der größte Holzverbraucher der Welt sich weigere, Fragen über die Herkunft des Holzes für die neuen Geschäfte in Lateinamerika zu beantworten. Dies sollte „die Alarmglocken schrillen lassen“.

Die Holzimporte von Falabella in Chile und Peru haben in den Jahren nach der Unterzeichnung des Ikea-Vertrags 2018 zugenommen: 2021 importierte die Falabella-Gruppe so viel unbearbeitetes Holz wie nie zuvor in den letzten Jahren in Chile. Bei Falabella Peru stieg der Umsatz mit verarbeitetem Holz 2021 um 50 %. Hier soll das neue Geschäft in den kommenden Monaten eröffnet werden. Die 32.000 Tonnen, die Falabella einführt, machen mehr als die Hälfte

des gesamten verarbeiteten Holzes aus, das in peruanischen Häfen einläuft. Einer der Hauptlieferanten ist Brasilien. Häufig verwendet Ikea Kiefer und Eukalyptus für seine Möbel. Die Plantagen befinden sich im Nordosten Brasiliens und im Bundesstaat Mato Grosso do Sul.

Ikea hat 2021 einen Umsatz von fast 25 Milliarden Dollar erzielt, aber nur zwei Milliarden Dollar an Steuern gezahlt, wie aus dem Jahresbericht des Konzerns hervorgeht. Die Luxem-burg-Leaks und Panama-Papers deckten auf, dass das Unternehmen ein komplexes System in europäischen Niedrigsteuerrändern wie Luxemburg, Liechtenstein und den Niederlanden eingerichtet hatte, um so wenig Steuern wie möglich zu zahlen. Die drei Prozent der von den lateinamerikanischen Geschäften eingebrachten Franchisebeträge werden in diese millionenschweren Fonds einbezogen und durch komplexe rechtliche Strukturen kanalisiert, die häufig zur Steuervermeidung genutzt werden: eine legale, aber umstrittene Praxis.

3000 neue Seen

In Peru sind 3000 neue Seen entstanden, was aber kein Grund zur Freude ist. Denn die Ursache für ihre Entstehung ist die intensive Gletscherschmelze in jüngster Zeit, die eine Folge des Klimawandels ist. Das peruanische Umweltministerium befürchtet, dass 500 dieser Seen über die Ufer treten und das darunter liegende Land und Dorfschaften überschwemmen könnten. Diese sorgenvollen Informationen stammen aus Untersuchungen der Universität Huaraz, des Centro Nacional de Estimación, Prevención y Reducción del Riesgo de Desastres und des Instituto del Bien Común in Peru.

Zu erwähnen ist, dass sich in Peru noch 70 % der weltweit tropischen Gletscher befinden, mit dem grandiosen Andengletscher Huascarán mit einer Höhe von 6.768 Metern. Mit diesen Gletschern sind die Anden die Hauptproduzenten des Wassers. (1)

Aktuell werden drei Seen genannt, die schnell überlaufen können: Uspacochaque (Region Apurimac), Upischocha (Cusco) und Papacocha (Lima). Bei diesen Seen reichen heftige Regenfälle aus, um sie zum Überlaufen zu bringen. Der See Papacocha in der Region Lima ist eine Touristenattraktion, auch weil er sich in der Nähe des „Bosque del amor“ befindet. (2)

(1) Servindi 22.9.22, *Derretimiento de glaciares generan 3 mil nuevas lagunas*

(2) *Inforegion, Lima, 27.9.2022*

Israelitas zerstören weiter den Regenwald im „Muttergottesland“

Bei den Israelitas handelt es sich um eine religiöse – alttestamentarisch ausgerichtete Gemeinschaft: „Asociación Evangélica Israelita del Nuevo Pacto Universal“ . Im peruanischen Volksmund werden sie „Israelitas“ genannt.

Die Anhänger des Gründers, dem verstorbenen „Propheten“ Ezequil Ataucusi Gamonal, sind seit 1995 auf sein Geheiß von den Anden in den amazonischen Regenwald gezogen. Auch in Madre de Dios leben Familien der Israelitas. (1)

Sie hatten zeitweise politischen Einfluss und waren im peruanischen Parlament Übergangsparlament 2020/2021 vertreten.

Ivan Brehaut und Alfredo Niquez berichteten aus der Provinz Tahuamanu, Region Madre de Dios, dass im Jahr 2021 die Waldzerstörung durch die landwirtschaftliche Nutzung die der illegalen Goldschürferie übersteigt. Für einen beachtlichen Teil (1.700 Hektar) davon ist die Gemeinschaft der Israelitas verantwortlih..

In der anderen Kolonie *Arca Pacahuarq* werden aktuell ca. 6.000 Hektar ehemaligen Regenwaldes bearbeitet. Für die mühsame Arbeit der Abholzung und Vorbereitung des Landes zur landwirtschaftlichen Nutzung wurden billige Arbeitskräfte aus Brasilien angeheuert. Die Interozeanische Straße aus Brasilien dient auch hierzu als Vereinfachung der Neubesiedlung des Regenwaldes.

Weiter haben die Israelitas Anträge auf eine weitere 26.000 Hektar bei der zuständigen Behörde des regionalen Landwirtschaftsministeriums gestellt, um den Wald „in Wert zu setzen“. (2)

Der Begriff Inwertsetzung ist das Zauberwort für die Beamten, um die Genehmigung zur Bearbeitung – sprich Abholzung – des angeblichen wertlosen Waldes zu erteilen. Oft ist das Argument auch : Bäume kann man nicht essen aber die nach der Abholzung produzierten Lebensmittel.

Solche Zahlen scheinen angesichts der Größe des amazonischen Regenwaldes Perus nicht relevant zu sein, auch wenn man liest, dass im Jahr 2021 137.976 Hektar Regenwald in Peru zerstört wurde. Im Vergleich dazu: München hat 310.000 Hektar Fläche. In drei Jahren wäre die Fläche ganz Münchens zerstört. Viele auch solcher „kleinen Abholzungen“ bringt in der Bilanz eine große Zerstörung. (3)

(1) *Madre de Dios: Los israelitas deforestan en nombre de la tierra prometida*

(2) <https://ctuentas.lamula.pe/login/?next=http%3a> 19.9.22

(3) *Inforegion, Lima 12.10.2022*

Palmölproduzent wegen Abholzung des Amazonas bei der OECD angeprangert

Der Indigene Dachverband Aidesep und seine Mitgliedsorganisation Feconau haben das niederländische Unternehmen Louis Dreyfus Company B.V. bei der [Nationalen Kontaktstelle der OECD-Richtlinien](#) für multinationale Unternehmen angezeigt. Sie beklagen, dass dessen Palmöl-

Lieferant Grupo Ocho Sur im peruanischen Amazonasgebiet auf Land arbeite, das er sich illegal angeeignet habe und das Teil des angestammten Gebiets der Shipibo-Konibo sei.

Die Ölpalmenplantagen von Ocho Sur hätten zur illegalen Abholzung von mehr als 12.000 Hektar Regenwald im Amazonasgebiet geführt, so der Vorwurf. Außerdem würden die Palmölplantagen bis heute ohne Umweltzertifikate betrieben.

In der Beschwerde wird Louis Dreyfus vorgeworfen, dass das Unternehmen es versäumt habe, mit der gebotenen Sorgfalt nachteilige Auswirkungen seiner Geschäftsbeziehung mit Grupo Ocho Sur in Peru zu ermitteln, zu verhindern bzw. abzumildern.

Darüber hinaus hat das Unternehmen zu den negativen Auswirkungen auf die Umwelt und die Menschenrechte, die von der Grupo Ocho Sur in Peru verursacht wurden, selbst beigetragen und gegen die OECD-Standards für Offenlegung, Kommunikation und Konsultation verstoßen.

Das ist der erste Fall, in dem sich ein führendes Palmölhandelsunternehmen vor der niederländischen Kontaktstelle wegen der Nichteinhaltung der OECD-Richtlinien verantworten muss.

EU-Lieferkettengesetz nimmt die erste Hürde

Der EU-Ministerrat hat sich am 1. Dezember auf ein europäisches Lieferkettengesetz geeinigt, allerdings mit einigen Abstrichen gegenüber dem Entwurf der EU-Kommission. Das Gesetz geht zum Teil weiter als das deutsche Lieferkettengesetz: Es umfasst mehr Unternehmen. Die Sorgfaltspflichten gelten ohne Abstufung auch für Zulieferer in der tieferen Lieferkette. Und, besonders wichtig: Unternehmen müssten vor Zivilgerichten in der EU für Schäden haften, die sie durch Verstöße gegen Sorgfaltspflichten verursacht haben. Aber es klaffen auch einige Lücken im Entwurf des Ministerrates, so Johannes Heeg, Sprecher der [Initiative Lieferkettengesetz](#). "Geht es nach dem Rat, wären Waffenexporte nicht erfasst. Für Finanzdienstleistungen sind nur sehr eingeschränkte Sorgfaltspflichten vorgesehen und Mitgliedstaaten können sogar ganz davon absehen, diese konkret zu regulieren. Außerdem müssten sich Exporteure nicht mit der Verwendung ihrer Produkte beschäftigen. Damit wären zum Beispiel Agrarkonzerne fein raus, selbst wenn ihre Pestizide die Gesundheit von Bauern und Plantagenarbeiterinnen schädigen. Und anders als von der EU-Kommission vorgeschlagen, müssten Unternehmen die Vergütung ihrer Vorstände nicht daran knüpfen, ob sie ihre eigenen Klimapläne auch umgesetzt haben." Außerdem ist die Initiative bestürzt, dass die Bundesregierung angekündigt hat, dass sie Schlupflöcher für Unternehmen schaffen will, die sich in Brancheninitiativen engagieren oder Zertifizierungen verwenden. Nur dann will sie am Ende dem Gesetz zustimmen.

Nun geht der Text in die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

Zusammengestellt von Heinz Schulze und Annette Brox

14. ISP-News Dezember 2022

Neues aus der Arbeit der Infostelle Peru

Plataforma Europa Peru solidarisiert sich mit den Opfern der Gewalt

Die Plataforma Europa Perú (PEP), ein Netzwerk von 15 europäischen Peru-Organisationen, zu dem auch die ISP gehört, hat in einer Erklärung ihre große Sorge über die politische Krise zum Ausdruck gebracht. Die PEP erklärte sich solidarisch mit den Opfern von Gewalt und beklagte den Verlust von Menschenleben. Die Gewalt müsse dringend beendet werden und die Behörden müssten sicherstellen, dass die Ordnungskräfte keine übermäßige Gewalt anwenden.

Die PEP fordert die derzeitige peruanische Regierung auf, ihren Verpflichtungen als wichtigste Garantin der Bürgerrechte nachzukommen. Sie müsse einen friedlichen, umfassenden und transparenten Dialog ermöglichen, der zu einer Lösung führen soll, die der gesamten peruanischen Bevölkerung zugutekommt.

Die PEP ruft außerdem die Bürger*innen auf, ihr Recht auf Protest friedlich und ohne Gewaltanwendung wahrzunehmen.

Alle Anschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen während der aktuellen Proteste müssten unverzüglich und unparteiisch untersucht werden.

Infostelle in Berlin: Aktion für ein starkes EU-Lieferkettengesetz

Am 6. Dezember hat die Initiative Lieferkettengesetz, zu der auch die Infostelle Peru und die Kampagne Bergbau Peru gehören, 90.248 Unterschriften für ein starkes Europäisches Lieferkettengesetz symbolisch an Bundeskanzler Scholz übergeben.

Der zuständige EU-Ministerrat hat sich vergangenen Donnerstag in Brüssel auf einen Gesetzesentwurf geeinigt, der zwar über das deutsche Lieferkettengesetz hinausgeht, aber dennoch zahlreiche Schlupflöcher enthält. Mehrere EU-Regierungen, darunter Deutschland, versuchen weiterhin, das Vorhaben abzuschwächen. Dagegen protestierten in Berlin Aktivist*innen der „Initiative Lieferkettengesetz“ und überreichten die an Bundeskanzler Olaf Scholz gerichtete Petition. Mit dabei waren unsere Vorstandsmitglieder Vanessa Schaeffer und Leon Meyer zu Ermgassen sowie Silvia Bodemer von der Kampagne Bergbau Peru.

Vanessa Schaeffer wandte sich mit einem kurzen Statement an die politisch Verantwortlichen. „Die Botschaften aus Produktionsländern wie Peru sind klar und werden immer lauter. Wir sagen: Kupfer und Lithium für Solarpanele und Elektroautos sollten nicht länger die Zerstörung von Flüssen, Land, Kulturen und Gemeinden in den peruanischen Anden bedeuten. Das Gold in jedem unserer Handys darf nicht länger die Zerstörung des Amazonaswaldes und die Ausrottung seiner

indigene Gemeinden bedeuten. Produkte wie Orangensaft, Kaffee oder Kakao dürfen nicht mit Sklaverei und unmenschlichen Arbeitsbedingungen verbunden sein.“

Deutsches Lieferkettengesetz tritt am 1.1.2023 in Kraft: Die Infostelle fragt nach

Zum 1.1.2023 tritt das Deutsche Lieferkettengesetz in Kraft. Das betrifft auch deutsche Unternehmen in Peru. Die peruanische NRO Peru Equidad hat hierzu einen [Bericht](#) über die Situation in den betroffenen deutschen Unternehmen veröffentlicht (siehe auch [Artikel von Anna Kohte](#) in diesem InfoPeru).

Die Infostelle wollte es genau wissen und hat sechs Unternehmen (Monsanto-Bayer, Heinz-Glas, Artesco, Faber Castell und Siemens) angeschrieben. Wir wollten wissen, wie sie zu dem Bericht Stellung beziehen und was sie für die Einhaltung ihrer Sorgfaltspflichten unternehmen. Die einzige Antwort kam von Faber Castell. Das Unternehmen wird aufgrund seiner Größe erst ab 2024 unter die Anwendung des Gesetzes fallen. „Schon heute beschäftigt sich eine bereichsübergreifende Arbeitsgruppe mit den Anforderungen der neuen Gesetzgebung und den daraus resultierenden Maßnahmen für unser Unternehmen“, heißt es in der Stellungnahme. Faber Castell weist darauf hin, dass sich das Unternehmen schon seit langem um soziale Standards in Auslandsniederlassungen und bei Zulieferbetrieben kümmert. In Zusammenarbeit mit der IG Metall habe es im Jahr 2000 eine weltweit gültige Sozialcharta unterzeichnet, die die Einhaltung der von der ILO empfohlenen Arbeitsbedingungen vorschreibt.

Sollten wir weitere Antwort bekommen, werden wir darüber berichten.

Wettlauf gegen die Zeit: Fachgespräch zur Studie „Amazonía a Contrarreloj“

Zusammen mit dem Klima-Bündnis hat die ISP zu einem Fachaustausch über die kürzlich erschienene Studie „Amazonía a Contrarreloj“ (siehe auch den [Beitrag](#) im letzten InfoPeru) eingeladen. Carmen Josse von der ecuadorianischen Nichtregierungsorganisation EcoSciencia, Mitautorin der Studie, schilderte eindrücklich deren wichtigste Ergebnisse: Um ein Kippen des amazonischen Regenwaldes zu verhindern, müssen bis 2025 80% des Gebietes gerettet werden. Dies ist möglich, aber es muss sehr schnell gehandelt werden. Und die herausragende Rolle der indigenen Gemeinden bei der Rettung des amazonischen Regenwaldes muss endlich anerkannt werden.

An dem Fachgespräch nahmen auch mehrere Vertreter*innen des BMZ (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), der deutschen Botschaft in Lima, des BMUV (Bundesumweltministerium) und der GIZ (Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit) teil. Es kam zu einem intensiven Erfahrungs- und Meinungsaustausch u.a. darüber, wie indigene

Gemeinden besser an Waldschutzprojekten beteiligt werden können. Und was die vor kurzem geschlossene Klimapartnerschaft zwischen Peru und Deutschland dazu beitragen kann.

Die ISP möchte diesen wichtigen Dialog und Austausch auch im nächsten Jahr gerne fortsetzen.

Kein Twitter mehr! Dafür aber Mastodon

Wie viele andere Menschen und Organisationen auch, hat die ISP beschlossen, ihren Twitter-Account nach der Übernahme von Twitter durch Elon Musk erst einmal stillzulegen. Die Geschäftspraktiken und der Umgang mit den Mitarbeitenden passen nicht zu unseren Vorstellungen. Stattdessen sind wir zur Alternative umgezogen: Sie finden uns jetzt bei Mastodon: <https://berlin.social/home>

15. Hinweise und Ankündigungen Dezember 2022

Mitmachaktionen und drei neue Dokumentarfilme!

Eilaktion von Amnesty international: Keine Gewalt gegen Demonstrierende

In Peru dreht sich anlässlich der Regierungskrise die Gewaltspirale weiter. Insbesondere in Lima und anderen größeren Städten kommt es im Zusammenhang mit der versuchten Niederschlagung der aktuellen Proteste zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen. Es sollen bisher sieben Menschen durch Schusswaffen getötet worden sein, darunter zwei Jugendliche. Dutzende Demonstrierende und Journalist*innen wurden verletzt.

Mit der Eilaktion wird an die Präsidentin appelliert, den Dialog zu suchen und Gewaltanwendung durch Sicherheitskräfte zu unterbinden. [Hier](#) geht's zur Unterschriftenaktion.

Andenbauer gegen Großkonzern: neuer Dokufilm über den Fall Saúl Luciano gegen RWE

Die Klage des peruanischen Bauern und Bergführers Saúl Luciano gegen den Stromkonzern RWE 2015 hat große Aufmerksamkeit erregt. Er will erreichen, dass der größte Treibhausgasemittent Europas zur Verantwortung gezogen wird, dass sein Heimatort Huaraz durch eine Flutwelle des anwachsenden Gletschersees bedroht ist. Ursache dafür ist der Klimawandel, den RWE mitverursacht.

Der Fall RWE hat eine Signalwirkung entfaltet wie keine andere Klimaklage. Es handelt sich um die weltweit einzige Klage auf unternehmerische Haftung für Klimarisiken, die es in die Beweisaufnahme geschafft und damit bereits jetzt Rechtsgeschichte geschrieben hat.

Anlässlich der Beweisaufnahme reisten im Mai gerichtliche Vertreter*innen nach Huaraz. Begleitet hat sie auch ein Filmteam – daraus ist nun eine Dokumentation entstanden, die man hier ansehen kann: <https://rwe.climatecase.org/>

Mitmach-Aktion: Saúl Luciano unterstützen!

Zum 7. Jahrestag der Klage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE hat Germanwatch die Mitmach-Aktion "[Globale Nachbarschaft in der Klimakrise](#)" ins Leben gerufen:

Seit sieben Jahren setzt sich Saúl Luciano Lliuya aus Peru vor Gericht dafür ein, dass Unternehmen wie RWE für Klimarisiken haften. Seine Klimaklage zeigt: Wir leben in einer globalen Nachbarschaft. Emissionen kennen keine Grenzen. Wer sich mit Saúl solidarisiert und ihm eine motivierende Nachricht schicken will, kann dies [hier](#) tun.

Der Aufruf kann gerne weitergeleitet und geteilt werden!

Neuer Dokumentarfilm: Winde & Erinnerungen (Peru, Deutschland 2022)

Kann der Sohn einer verschwundenen Person die Protagonisten des Bürgerkrieges in Peru (1980-2000) konfrontieren, die den Tod verwalteten, fast 40 Jahre nach dem Verschwinden der Personen? Wer könnte ihm über das Schicksal seiner Verwandten Auskunft geben? Gibt es eine Möglichkeit, die Täter*innen seiner Verwandten zu finden? Wer waren die Feinde in jenen Jahren? Wie stark waren sie? War es möglich, sie zu eliminieren? Und schließlich: Haben wir allen Protagonisten zugehört? Können wir auf sie hören? Sollten wir auf sie hören? Ist es an der Zeit oder ist es noch nicht an der Zeit? Ein schockierender Film, der mit dem Kanon eines einfachen Dokumentarfilms bricht.

Ein Film von [Heeder Soto](#). Er ist Dokumentarfilmer, Ethnologe, Künstler und Menschenrechtsaktivist. „Winde und Erinnerungen“ wurde auf dem Film- und Kino Festival im August 2022 in Kolumbien und Peru gezeigt.

Sprachen: Spanisch, Quechua mit deutschen und englischen Untertiteln

Dauer: 77 Minuten

Trailer: <https://www.youtube.com/watch?v=VYgfkPaoMsY>

Kontakt für Anfragen und Koordination des Filmverleihs und Filmaufführungen:

Kerstin Kastenholz, kastenholz@megem.eu

Und noch ein Film: Das Blut des Flusses – Bergbau und Widerstand in Espinar

Der in Espinar (Cusco) gedrehte Dokumentarfilm enthält verschiedene Testimonials, die aufzeigen, welche gravierenden Schäden an Umwelt und Gesundheit das Schweizer Bergbauunternehmen Glencore vor Ort anrichtet. Er bietet umfassenden Einblick in die Bergbauproblematik in Espinar und zeigt globale Zusammenhänge auf. Für den einstündigen Film sammelten die Journalist*innen Nicole Maron und Vidal Merma Testimonials von indigenen Gemeinden, Journalist*innen, Anwälten, Aktivistinnen und Fachleuten. Der Film, der in Quechua, Spanisch und Deutsch aufgenommen wurde, enthält auch eines der letzten Interviews mit Oscar Mollohuanca, Ex-Bürgermeister von Espinar, der im März 2022 unter seltsamen Umständen ums Leben kam.

Die politische Debatte um mehr Konzernverantwortung und Transparenz in der Lieferkette ist hochaktuell. Dazu kann der Film sehr gut beitragen!

Der Film in deutscher Version kann [hier](#) angesehen werden.

Und [hier](#) geht's zur offiziellen Webseite des Films.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.